Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — **Abonnementspreis** vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180. Freitag, den 3. August 1917. 24. Jahrg.

Balfour und Ribot.

Der englische Minister des Aeußern, Balfour, hat im Unterhause eine vorsichtige und kluge Rede gehalten. Eine vorsichtige Rede, weil sie sich, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, der Festlegung auf bestimmte Kriegsziele widersetzt, und eine kluge Rede, weil sie in einzelnen ihrer Partien auch im Lager der Gegner Beifall finden muß. Ganz auffällig ist ihre Uebereinstimmung mit einem großen Teil der Ausführungen, die Graf Czernin am letzten Sonnabend vor Wiener Pressevertretern gemacht hat. Ueber die Notwendigkeiten einer fortschreitenden Demokratisierung und einer internationalen Rechtssicherung des kommenden Friedens ist man in London und Wien derselben Meinung. Das wird man in Berlin nicht übersehen können.

Auffällig ist überhaupt die zarte Schonung, die der englische Minister Oesterreich angedeihen läßt. Von einer Zerstückelung dieses Staates ist nicht mehr die Rede. Man hat in der letzten Zeit wiederholt mit einem gewissen übertreibenden Optimismus Oesterreich eine Brücke genannt, die von England zu Deutschland führe. Bleibt man im Bilde, so kann man sagen, daß Balfour durchaus keine Neigung gezeigt hat, diese Brücke in die Luft zu sprengen.

Die Rede Balfours läßt einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England und Deutschland nicht erkennen. Der unüberbrückbare Gegensatz, der sich dennoch in ihr offenbart, ist kein deutsch-englischer, sondern ein deutsch-französischer. Und hier ist auch der Punkt, an dem Balfours Rede jene diplomatische Vorsicht vermissen läßt, die sie sonst auszeichnet.

Den Kommentar dazu, sofern er noch erforderlich war, hat die Erklärung Ribots geliefert, die wir gestern mitgeteilt haben. Die Ziele des französisch-russischen Geheimvertrages, die Michaelis jüngst enthüllt hat, verschwimmen hier in Nebel, desto schärfer tritt das eine entscheidende Kriegsziel Frankreichs in den Vordergrund: Elsaß-Lothringen. Der englische Minister des Aeußern will sich in seiner Stellung zu den Kriegszielen nicht binden lassen; hier aber ist er gebunden, und was er über Elsaß-Lothringen sagte, mußte er sagen, wenn er nicht den Keim des Zwiespalts in die Koalition tragen wollte, an deren Spitze England steht.

Hat er es leichten Herzens getan? Das Nachspiel der kurzen Debatte, die sich seiner Rede anschloß, läßt daran zweifeln. Denn auf den Vorwurf Ponsonbys, er habe auf die elsaß-lothringische Frage großen und ungebührlichen Nachdruck gelegt, antwortete Balfour, man dürfe nicht sagen, daß er auf einen besonderen Gegenstand ungebührlichen Nachdruck gelegt habe. Ist nun die Erwerbung Elsaß-Lothringens durch Frankreich die Bedingung, ohne deren Erfüllung England überhaupt keinen Frieden schließen will, oder ist sie es nicht?

Frankreich aber hält mit zähem Eigensinn an seiner Forderung fest und bietet so das Bild eines Landes, das dem Spielteufel des Annexionismus scheinbar rettungslos zum Opfer gefallen ist. So tief hat sich der Wahnsinn eingefressen, daß auch die Sozialisten ihm keinerlei Widerstand leisten. Und doch muß sich Frankreich sagen, daß es jetzt drei Jahre lang vergeblich um Elsaß-Lothringen gekämpft hat, daß es dieses Land nicht nehmen kann, solange Deutschland nicht geschlagen ist, und Deutschland ist — das wissen die Franzosen ganz gut — nicht geschlagen. Kein Zeichen spricht dafür, daß der angekündigte Endsieg nahe ist, vielmehr sprechen zahlreiche Zeichen dafür, daß der Weg, der zu ihm führt, noch immer ebenso endlos wie unsicher ist.

Bleibt Elsaß-Lothringen deutsch, so wird es nach dem Kriege freier Bundesstaat in einem demokratischen Deutschland sein. Das ist eine Tatsache, die wir im Kampf um Elsaß-Lothringen gar nicht weit genug in den Vordergrund stellen können. Das Schicksal, das dieses deutsche Land im Rahmen des Deutschen Reiches zu erwarten hat, ist nicht so grausam, daß sich zu seiner Befreiung die Welt verbluten müßte. Wir verteidigen Elsaß-Lothringen politisch um so besser, je mehr wir uns beeilen, seine freie Zukunft sicherzustellen.

Auf der anderen Seite ist es überaus fraglich, ob die zwei Millionen elsässischer „Boches" sehr angenehme Erfahrungen machen würden, wenn der erste Tag des Friedens sie als französische — aber zum größten Teil gar nicht französisch verstehende — Republikaner wiederfände.

Herr Ribot hat in seiner Erklärung auch die Angelegenheit des sogenannten Potsdamer Kronrats vom 5. Juli 1914 berührt. Es ist vielleicht ganz gut, daß auch diese Sache einmal zur Sprache gebracht worden ist, wenn auch das amtliche Dementi, das wir veröffentlichten, auf deutsche Gemüter einigermaßen erschütternd wirkt. Also, dieser berühmte Kronrat hat nicht stattgefunden, und die leitenden Stellen Deutschlands haben auch nicht gewußt, was in dem österreichischen Ultimatum stand. Sie überließen sich vertrauensvoll der ungarischen Führung. — Wir haben nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit der amtlichen Erklärung zu zweifeln, möchten sie sogar nach unserer Kenntnis der Dinge bestätigen, und behalten uns vor, daraus weitere Schlüsse zu ziehen, die gerade nicht für die Vortrefflichkeit des Regierungssystems sprechen, unter dem das Unwahrscheinlichste Ereignis werden konnte.

Da die Welt dies Unwahrscheinlichste nicht glauben wollte, hat sie sich die Legende von dem Krieg um die Weltherrschaft konstruiert, in den Deutschland in bewußter Absicht und mit offenen Augen hineingegangen sei, und in dieser Legende hat der Potsdamer Kronrat, in dem alles beschlossen worden sein soll, eine große Rolle gespielt. Aber dies alles ist Erfindung. Von einem Krieg um die Weltherrschaft kann keine Rede sein, von bewußter Absicht auch nicht, und von offenen Augen erst recht nicht. („Vorwärts".)

* * *

Zur Erklärung Ribots schreibt „Politken" in einem Leitartikel: Was in der Welt die größte Aufmerksamkeit erregen wird ist die Erklärung, die Ribot am Dienstag abgab, um den Enthüllungen des Deutschen Reichskanzlers über die Geheimsitzung der Kammer entgegenzutreten. Die Erklärung Ribots sollte ein Dementi darstellen, sie hat aber, was den Kernpunkt betrifft, gerade die entgegengesetzte Wirkung, nämlich die einer authentischen Bestätigung der Enthüllungen des Kanzlers. Es liegt nun also die Bestätigung des französischen Regierungschefs vor, daß zwischen dem Ministerium Briand und dem Zaren ein Abkommen getroffen wurde, wonach Frankreich, wenn nötig, fordern könnte, daß deutsche Gebiete auf dem linken Rheinufer zu einem selbständigen Staat gemacht werden sollten. Die Absicht war mit andern Worten: ein vollständig deutsches Land vom Deutschen Reich loszureißen, um Frankreich einen „Pufferstaat" gegen Deutschland zu schaffen. Daß ein solches Abkommen in grellem Widerspruch steht zu dem Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts, für den die Alliierten nach ihrer eigenen Erklärung eintreten, darauf braucht nicht näher hingewiesen zu werden. Es ist jedoch fraglich, ob Michaelis dadurch, daß er Ribot veranlaßte, die Karten offen auf den Tisch zu legen und seine Pläne mitzuteilen, die sein Vorgänger mit dem Zaren ausgearbeitet hat, der Sache des Friedens dient. Daß man von deutscher Seite den Bericht der „Times" über die Potsdamer Zusammenkunft vom 5. Juli 1914 in allen Einzelheiten dementiert, kann nur eine günstige Wirkung haben. Dagegen scheint es, daß die Enthüllungen über das Vorgehen Poincarés und des Ministeriums Briand im ersten Augenblick geeignet sind, die Bitterkeit der Deutschen gegen die Franzosen zu verstärken und neue Schwierigkeiten für die Aussöhnung zu schaffen. Es ist aber auch denkbar, daß das vollkommene Aufdecken der Wahrheit eine günstige Wirkung hat. Die Sache ist doch die, daß die Briandschen Pläne nun endgültig als aufgegeben und der Geschichte angehörend betrachtet werden können von dem Augenblick an, wo die französische Regierung unter Leitung Ribots auf die Forderungen der russischen Demokratie nach Revision der Kriegsziele einging.

Um Stockholm.

Stockholm, 1. August. (Eig. Drahtber.)

Das Organisationskomitee erhielt die bereits durch Havas gemeldeten Beschlüsse der Pariser Konferenz telegraphisch übermittelt. Russen, Engländer und Franzosen verlangen als endgültigen Termin für den Beginn der Konferenz den 3. September, weil eine Anzahl Delegierte nach dem 15. September durch wichtige Parlamentsverhandlungen in Anspruch genommen sind und die Verhandlungen der Konferenz einen Zeitraum von etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen dürften.

Havas meldet aus Paris: Der Sekretär der sozialistischen Partei, Dubreuil, erhielt folgenden Brief: Nach den von dem ständigen Verwaltungsausschuß der russischen und englischen Delegierten angenommenen Beschlüssen, die den Ort und die Zeit der internationalen Konferenz festsetzten und sich mit der Konferenz der Alliierten untereinander befassen, erklären die unterzeichneten Mitglieder des ständigen Verwaltungsausschusses und der sozialistischen Parlamentsgruppe, daß sie hinsichtlich des Charakters, den die Beschlüsse der internationalen Konferenz zu geben scheinen, alle Vorbehalte machen. Sie sind der Ansicht, daß **die Frage nach dem Ursprung und nach den Verantwortlichkeiten für den Krieg an die Spitze der Tagesordnung gestellt werden soll.** Sie verlangen als vorhergehende Bedingung jeglicher Erörterung, daß die sozialistische Alliiertenkonferenz beschließe, **sich nur dann an der internationalen Konferenz beteiligen zu wollen, wenn diese Bedingung gestellt und angenommen wird.** Falls die sozialistische Alliiertenkonferenz anders beschließen sollte, würden sie an den Nationalkongreß appellieren, um vor irgend einer internationalen Vereinigung erst zu beratschlagen. — Es folgen 39 Unterschriften, darunter diejenigen der Abgeordneten Bracke, Compere Morel, Dejeante, Groussier, Guesde, Lauche, Weber, Varenn.

Es ist geradezu unverantwortlich für einen Sozialisten, die Schuldfrage in den Vordergrund der Stockholmer Verhandlungen zu schieben. Die Hauptsache ist, daß dem Menschenmord ein Ende bereitet wird; das andere kommt nachher.

Die vernünftige Haltung Hendersons paßt einer Anzahl englischer Herrschaften nicht. Duncannon beantragte im Unterhaus Vertagung des Hauses, um dagegen zu protestieren, daß das Kabinett Henderson gestatte, mit Ramsay Macdonald nach Paris zu gehen, um an der sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Henderson erklärte darauf, er sei nach Paris auf Einladung der französischen unifizierten Sozialisten gegangen, erstens, um die Abmachungen für die sozialistische Konferenz der Alliierten vollständig zu machen und zweitens, um die Einladung der internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm zu prüfen. Als Macdonald vom Ausführenden Ausschuß der Arbeiterpartei zum Mitglied des Ausschusses für die Konferenz ernannt worden sei, habe er es für sehr wichtig gehalten, mit Macdonald zu gehen, um ihn auf dem rechten Wege zu halten. Henderson fuhr fort, **er halte die internationale Konferenz für unumgänglich und** habe sich deshalb entschlossen, darauf hinzuwirken, daß sie nur eine beratende Körperschaft werde und nicht imstande sei, die Kriegführenden durch die Stimmen der Neutralen zu binden. Es würde ein Vorteil für England sein, wenn seine Stellung Rußland, wo sie vielfach mißverstanden werde, klargemacht werde, ebenso wie auch der deutschen sozialistischen Minderheit. Er habe seine Haltung dem Kriege gegenüber nicht geändert und sei bei der Reise nach Paris nur von den Interessen des Landes geleitet gewesen.

Nach Hendersons Rede forderte Mark Sykes Lloyd George auf, die Erklärung abzugeben, daß die Regierung nicht mit dem Frieden spiele. Wenn sich dieser Eindruck festsetze, würde das ganze Königreich erschüttert werden. Lloyd George erwiderte: Die Regierung selbst änderte nicht im geringsten ihre Ansicht über die einzig möglichen Friedensbedingungen, die mit der Ehre und Sicherung Englands im Einklang stehen. Wir beabsichtigen gewiß nicht, an einer Konferenz wie der geschilderten teilzunehmen, weder durch Vertreter, noch durch die Teilnahme eines Mitgliedes der Regierung. Ich sage ferner ohne Zögern, daß **wir keiner Parteikonferenz gestatten werden, über die Friedensbedingungen zu entscheiden oder diese zu diktieren.** Die Friedensbedingungen müssen zur Verantwortung der derzeitigen Regierung gehören. Was Hendersons Stellung betrifft, so befand ich mich gerade in Paris, als die Sache erörtert wurde, und er und die Arbeiterpartei ihre Beschlüsse faßten. Wir waren nicht in Paris, um Friedensbedingungen zu erörtern, sondern die besten Methoden zur erfolgreichen Fortsetzung des Krieges, und wir beabsichtigen, die Konferenz der letzten Woche in wenigen Tagen in London fortzusetzen. Lloyd George äußerte sich über die Doppelstellung Hendersons als Mitglied der Regierung und als Arbeiterführer. Dabei hielten sich Vorteile und Nachteile die Wage. **Henderson wirkte stets konsequent bei allen Maßregeln zur Fortsetzung des Krieges mit.** Dies sei der Vorteil, der sich aus seiner Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft ergebe. Einige Abgeordnete glaubten, daß diese Verbindung unglücklich sei; aber das Haus müsse erwägen, ob es wünschenswert sei, daß man davon abginge. Die Regierung werde ebenfalls die Frage erwägen, und auch die französischen Minister, die sich in derselben Lage befinden, um Rat fragen. Lloyd George fuhr fort: Ich verzweifelte nie an der Sache der Alliierten und bin überzeugt, daß Rußland sich erholen wird. Die Männer der jetzigen russischen Regierung wollen die Kraft Rußlands organisieren, um gegen Deutschland zu kämpfen; aber sie haben es mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu tun. Man muß auf Rußland Rücksicht nehmen, um nicht die unheilvollen Einflüsse zu fördern, die in Rußland gegen die Sache der Alliierten am Werke sind. Man muß Rußland Gelegenheit geben, sich wiederherzustellen. Lloyd George forderte das Haus auf, die Einheit nach außen zu wahren. Von England hingen die Alliierten mehr ab, als von einem anderen Lande. Wenn wir, sagte er, beginnen uns zu trennen und zu spalten und einen wertvollen Kollegen nach dem andern in die Arme derer zu werfen, die für pazifistische Ziele kämpfen, **dann muß ich wirklich an unserem Siege verzweifeln.**

Die Kriegslage.

Am zweiten Tage der großen flandrischen Angriffe vermochten die Engländer an keiner Stelle vorzudringen. Sie büßten im Gegenteil sogar verschiedentlich Geländegewinne des ersten Tages wieder ein. Am 1. August begann mit strömendem Regen eine auffallende Ruhe der englisch-französischen Angriffsartillerie auf der ganzen Front. Diese Erschöpfungspause der französisch-englischen Artillerie war weniger durch die schlechte Sicht verursacht, als vielmehr eine Folge der tatkräftigen Abwehrwirkung der deutschen Batterien. Den ganzen Vormittag über rafften sich die Engländer nur zu schwächlichen Angriffshandlungen auf, so zu Patrouillenstößen südlich des Nieuport-Kanals und zu Teilangriffen östlich Ostaverne, die glatt abgeschlagen wurden. In der Gegend von Hollebeke wurden englische Bereitstellungen rechtzeitig erkannt. Ein hier beabsichtigter Angriff wurde durch Vernichtungsfeuer unterbunden. Erst gegen Mittag nahmen die Engländer das Artilleriefeuer gegen den Angriffsabschnitt des Vortages wieder auf. Um 2 Uhr setzte starkes Zerstörungsfeuer von Bixschoote bis an die Lys ein, das sich von 4 Uhr an gegen den Abschnitt von Langemark—Hollebeke zum Trommelfeuer steigerte. An den um 6,30 Uhr abends einsetzenden starken tiefgegliederten Angriffen beteiligten sich die Franzosen nicht, die sich am 31. Juli dazu her-

gegeben hatten, neben Australiern und Neuseeländern und anderen englischen Hilfsvölkern für das rein englische Ziel, die Eroberung der flandrischen Küste, zu kämpfen. Besonders heftig waren die englischen Angriffe gegen Langemarck. Durch das Einsetzen von Flammenwerfern beiderseits der Bahn versuchten sie vorzukommen. In erbitterten Nahkämpfen wurden sie jedoch abgewiesen und über den Steen-Bach zurückgeworfen. Auch an allen anderen Stellen waren die englischen Angriffe gleich ergebnislos und verlustreich.

Bei St. Julien wurde das Herankommen der Engländer bereits durch das kräftige Abwehrfeuer verhindert. Bei Freezenberg und Westhoek wurde erbittert gekämpft, mit dem Ergebnis, daß die Engländer überall im Gegenstoß geworfen wurden und an zahlreichen Stellen die deutschen Linien weiter vorgeschoben werden konnten. Dasselbe Schicksal erlitten die britischen Angriffe zwischen Hooge und Hollebeke, wo die vorgehenden Reihen der Engländer durch das flankierende Feuer der deutschen Batterien südlich der Lys schwerste Verluste erlitten. Die englischen Angriffe ließen überall die Entschlossenheit des ersten Angriffes vermissen. Mühsam und schwerfällig stampften ihre Sturmwellen durch den aufgeweichten Boden. Immer wieder gerieten sie in flankierendes Feuer, sodaß ihre Kraft und ihr Angriffsgeist gebrochen war, ehe der deutsche Gegenstoß sie mit unwiderstehlicher Wucht traf. Bei der Wiedereroberung der am Vormittag des 31. Juli teilweise aufgegebenen Stellungen der Deutschen konnte ein Ueberblick über die erschreckend hohen Verluste gewonnen werden, womit die Engländer ihre geringen, sobald wieder verlorenen Geländegewinne bezahlten. Das Trichterfeld der Abwehrzone war mit gefallenen Engländern übersät, die oft in dichten Reihen niedergemäht wurden.

Auch am 1. August blieb die Vorwärtsbewegung der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in Ostgalizien und in der Bukowina lebendig. Im Winkel zwischen Zbrucz und Dnjestr wurde die letzte russische Nachhut nach erbittertem Widerstand bei Wygoda geworfen. Damit ist dieser Flußwinkel von den Russen so gut wie gesäubert. Auch südlich des Dnjestr haben sich die Streitkräfte der Verbündeten bereits in zähem Vordringen bis nahe an die Reichsgrenze vorgeschoben. Im Nordwesten und Westen von Czernowitz sind heftige Kämpfe beiderseits des Pruth sowie südlich bis über den rumänischen Sereth hinaus im Gang. Auch in den Karpathen-Tälern sind die Verbündeten im weiteren Fortschreiten. Im Tal des Kleinen Sereth ist Maldauisch-Banila durchschritten. Im Suczawa-Tal versuchen sich die Russen in der Talenge zwischen Saleu und Falkeu noch zu halten, um unser Eindringen in das Becken von Radautz zu verhindern. Weiter südlich läuft die erreichte Linie über das Dorf Zgreni im Bistrica-Tal, den Mt. Tomnatic, Obcina Rata und Omnulni, bis sie etwa 35 Kilometer südlich Dorna Watra in die alte Karpathenfront einmündet.

Die Heeresberichte.

Berlin, 2. August, abends. (Amtlich.)

In Flandern bei Regen wechselnd heftiger Feuerkampf.

Im Osten Kampf-Erfolge am Pruth und Sereth sowie im Suczawa-, Moldawa- und Bistritz-Tal.

*

Wien, 2. August. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

Der Feind griff beiderseits des Casinu-Tales zu wiederholten Malen heftig an. Unsere tapferen Truppen blieben im Gegenstoß und im stundenlangen andauernden Nahkampf Sieger. Die russisch-rumänischen Divisionen mußten unter schweren Verlusten in ihre Stellungen zurückweichen. Die Armee des Generaloberst von Köveß gewinnt unter Kämpfen Raum. Die Höhen in der Dreiländerecke und die Gegend nördlich von Kimpolung sind in unserer Hand.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Streitkräfte des Generaloberst von Boehm-Ermolli dringen unmittelbar südlich des Dnjestr gegen die russische Grenze vor. Der Mündungswinkel des Zbrucz wurde zum größten Teil vom Feinde gesäubert.

Italienischer und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

*

Französischer Heeresbericht

vom 1. August, nachmittags: In Belgien befestigten unsere Truppen nach ihrem gestrigen prächtigen Erfolge unter strömendem Regen die eroberten Stellungen. Der Artilleriekampf hielt an der ganzen Aisnefront an. Oestlich Cerny ermöglichte uns ein kräftiger Gegenangriff an mehreren Punkten vorwärts zu kommen und etwa 30 Gefangene zu machen. Auf dem linken Maasufer, in der Gegend zwischen Avocourt und der Höhe 304 griffen die Deutschen nach mehrtägiger Artillerievorbereitung heute morgen die Stellungen an, die wir ihnen am 17. Juli entrissen hatten. Der Feind konnte nur an einige vorgeschobene Grabenstücke unserer ersten Linien herankommen, wo er durch das Feuer angehalten wurde. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. Hauptmann Guynemer schoß das 50. deutsche Flugzeug ab.

Abends: In Belgien setzten unsere Truppen bei andauerndem Regen die Befestigung der eroberten Stellungen fort. Nördlich der Aisne herrschte Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie, vor allem im Abschnitt Craonne—Hurtebise. Westlich von Cerny griffen die Deutschen verschiedene Male an. Wir schlugen sie überall zurück und machten abermals 30 Gefangene. Auf dem linken Maasufer erneuerte der Feind in der Gegend des Waldes von Avocourt und der Höhe 304 seine Angriffe nicht. Auf dem rechten Ufer herrschte Infanteriegefecht.

Englischer Heeresbericht

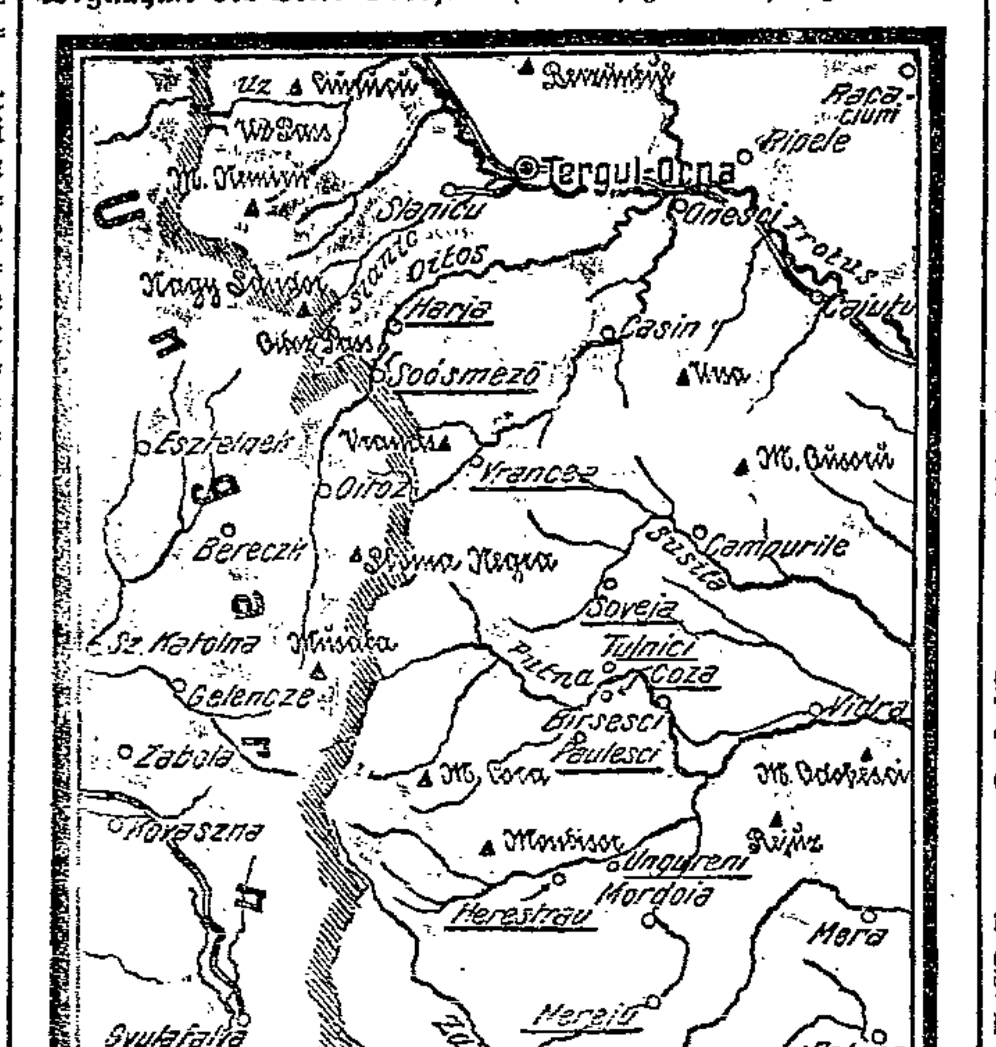
vom 1. August: Es regnete den ganzen Tag über. Durch erfolgreiche örtliche Unternehmungen an unserer neuen Schlachtfront wurde unsere Linie an der Straße Zillebeke nach Zandvoorde ein wenig vorgeschoben. Am linken Flügel unseres Angriffes gewannen unsere Alliierten auf dem Ostufer des Yser-Kanals weiter Gelände. Nachts wurden gegen unsere neue Stellung östlich und nordöstlich von Ypern, zwischen Westhoek und St. Julien, von starken feindlichen Kräften heftige Gegenangriffe unternommen. Unsere Truppen widerstanden wiederholten feindlichen Versuchen, uns aus einer wichtigen Stellung auf dem hochgelegenen Gelände, das wir gestern in dieser Gegend genommen hatten, zu vertreiben. Aber unter dem Druck der feindlichen Angriffe wurden wir nach hartnäckigem Kampf gezwungen, unsere vorgeschobenen Truppen aus dem Dorfe St. Julien zurückzuziehen. Besonders erbittert wurde um den Besitz des Dorfes Westhoek gekämpft, dessen westlichen Rand unsere Truppen jetzt halten. Nachmittags griff der Feind wieder bei der Eisenbahn Ypern—Roulers an. Bei dem zweiten Angriffsversuch gelang es ihm, in unsere vorgeschobene Stellung auf schmaler Front einzudringen. Der Kampf ist noch im Gange. Die Zahl der gestern von den britischen Truppen gemachten Gefangenen übertrifft, soweit bis jetzt bekannt, 5000, darunter 95 Offiziere. Außerdem wurden ein paar Kanonen und eine Anzahl Maschinengewehre und Grabenmörser erbeutet, aber die genauen Zahlen können nicht festgestellt werden. Gestern blieben, obgleich das Wetter das Fliegen fast unmöglich machte, unsere Flugzeuge den ganzen Tag über in Fühlung mit unserer vorgehenden Infanterie. Auch feindliche Flugplätze und Transporte der Infanterie wurden mit Bomben- und Maschinengewehrfeuer erfolgreich angegriffen. Die wenigen feindlichen Flugzeuge, die das Fliegen versuchten, wurden angegriffen und sechs abgeschossen. Drei unserer Apparate werden vermißt. Die Zahl der im Juli gemachten deutschen Gefangenen beträgt 4039, darunter 88 Offiziere. Die Zahl schließt die Gefangenen, die bei den gestrigen Unternehmungen gemacht wurden, die die Sammelstationen bis 6 Uhr abends erreichten, ein. Die Zahl der erbeuteten Geräte beträgt 8 Feldgeschütze, 53 Maschinengewehre und 32 Grabenmörser.

Russischer Heeresbericht

vom 31. Juli: Westfront: Feindliche Abteilungen, die nördlich Hussiatin auf das östliche Zbrucz-Ufer hinübergegangen waren, bemächtigten sich zweier Linien unserer Gräben, wurden aber nach erbittertem Bajonettkampf wieder zurückgeworfen. Darauf stellten sie die vorige Lage wieder her. Versuche des Feindes, den Zbrucz bei Pultiany Wassilipien zu überschreiten, scheiterten. Ebenso wiesen wir feindliche Angriffe bei Zermanowka ab. Infolge feindlichen Vorstoßes räumten unsere Truppen Zaleszczyki. Südlich des Dnjestr ergriff der Feind auf der Front Zaleszczyki-Sniatin die Offensive und griff unsere Stellungen nach einer Reihe von zähen Kämpfen an, wobei unsere Stellungen mehrfach den Besitzer wechselten. Es gelang ihm, unsere Truppen in der Gegend von Doroschoutz Zastawna und bei Werentschanka und Czeschern zurückzutreiben. Bei den letzten Kämpfen zeichneten sich das 10. finnische Schützenregiment und das Infanterieregiment Preslonrom, das fast alle Offiziere verlor, besonders aus. An der übrigen Front Gewehrfeuer. Rumänische Front: Alle Angriffe des Feindes nördlich der Straße Valeputna-Kimpolung wurden abgeschlagen. Nur südlich der Straße gelang es ihm, unsere Linie etwas zurückzudrücken. 10 Werst nordwestlich Sovolje nahmen rumänische Truppen nach Kampf ausgebaute feindliche Stützpunkte auf dem rechten Putna-Ufer in der Gegend von Pygan. An der übrigen Front Gewehrfeuer. Kaukasus-Front: Lage unverändert. Flugwesen: Südlich Riga schossen wir durch Artilleriefeuer ein feindliches Flugzeug ab. Maschine und Flieger gingen zugrunde. Ein deutsches Flugzeuggeschwader warf Bomben auf die Bahnhöfe Zeilewka, Stolbtzy und Zamirisch. Das militärische Nachrichten-Bureau glaubt zu wissen, daß die gegenwärtige deutsche Offensive infolge von genauen Nachrichten unternommen wurde, die der deutsche Generalstab über den inneren Zustand der russischen Armee besaß. **Hindenburg soll Kaiser Wilhelm versprochen haben, daß innerhalb zweier Monate die Armee kampfunfähig sein werde. (!!)**

Zu den Kämpfen im Susita- und Putna-Tal.

Der Vorstoß der Russen und Rumänen gegen den äußersten rechten Flügel der Armee des Erzherzogs Joseph ist nach anfänglichen Ueberraschungserfolgen, welche hauptsächlich in der Wegnahme des Ortes Soveja bestanden, zum Stehen gekommen



Zu den Kämpfen im Susita-u. Putna-Tal.
W.T.B. 4330 0 5 10 15 20 25 Km.

und dürfte, sobald der Vormarsch der Deutschen und Oesterreicher über Czernowitz hinausgekommen ist, infolge des Druckes von Norden her, bald in das Gegenteil, d. h. in den Rückzug umschlagen. Der Plan, den Russen und Rumänen hatten auf dem Wege durch das obere Putna-Tal die sich nach Süden anschließende Armee Mackensen seitlich zu umfassen, ist jedenfalls als vollkommen gescheitert anzusehen.

Rußland.

Tereschtschenko über die Erklärungen des Reichskanzlers.

Aus Petersburg wird amtlich telegraphiert: „Der Reichskanzler gab den deutschen Pressevertretern eine Reihe Mitteilungen, die in Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Unter anderem erwähnte er einige Erklärungen, die der Minister des Aeußern, Tereschtschenko, geäußert haben soll. Aus diesem Anlaß sieht sich das Auswärtige Amt gezwungen, auf kategorische Weise die Angabe über Erklärungen zu dementieren, die nach den Behauptungen des Reichskanzlers Michaelis Tereschtschenko abgegeben haben sollte, hinsichtlich der Kriegsziele, die Frankreich im gegenwärtigen Kriege angeblich zu erreichen beabsichtigt. Tereschtschenko hat gar keine Proteste vorgebracht, auch keine speziellen Erklärungen bei der französischen Regierung abgegeben, außer der von der provisorischen Regierung abgegebenen Erklärung hinsichtlich der Kriegsziele, die am 18. Mai zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurde. Diese Erklärung, die sympathisch aufgenommen wurde, wird zum Gegenstand genauer Untersuchung auf der Konferenz werden, die zwischen den Alliierten in der nächsten Zukunft stattfinden wird."

Michaelis hatte über Tereschtschenko folgendes gesagt: „Hat nicht auch Tereschtschenko, nachdem er in Rußland ans Ruder gelangt war, gegen die französischen Eroberungsziele, die sich überdies in der Türkei auf die Gewinnung Syriens erstreckten, Einspruch erhoben? Hat er nicht in einer vorübergehenden Regung seines vaterländischen Gewissens erklärt, das neue Rußland würde, wenn es von diesen französischen Kriegszielen erführe, nicht mehr gewillt sein, sich am Kampf weiter zu beteiligen? War die Reise Thomas' nach Rußland nicht in erster Linie ein erfolgreicher Versuch, Tereschtschenko diese Gewissensbedenken auszureden?"

Michaelis sprach also von einem „Einspruch" Tereschtschenkos. Ist die allgemeine Erklärung der provisorischen Regierung, der Tereschtschenko als Außenminister angehört, etwa nicht gleichbedeutend mit einem „Einspruch"? Wenn nicht, dann würde diese Erklärung in ein seltsames Licht gesetzt.

*

General Brussilow zurückgetreten.

Reuter meldet aus Petersburg: Brussilow ist zurückgetreten. Kornilow ist zum Oberbefehlshaber der russischen Armee ernannt. Tscheremissow, der den Befehl über die achte Armee führt, ist zum Oberbefehlshaber der südwestlichen Front ernannt worden.

*

Gegen die Regierung.

Der Bericht der Bolschewiki, unterzeichnet von 280 Vertretern von 40 Petersburgern Gewerkschaften, protestiert scharf gegen die konterrevolutionären Attentate der Regierung. Die Bolschewiki erklären in einem Aufruf an das russische Volk, die Beschuldigung, Lenin sei ein Agent der deutschen Regierung, als eine elende Verleumdung. Sie fordern eine sofortige öffentliche Untersuchung dieser schmutzigen Verschwörung der Pogromhelden und bezahlten Lügner gegen Ehre und Leben der Arbeiterführer. Die Untersuchung werde die absolute Fleckenlosigkeit der Leninisten ergeben.

England.

Eine Anfrage im englischen Unterhaus.

Der englische Abgeordnete Sir Dalziel wird im Unterhause anfragen, ob die englische Regierung beabsichtige, eine Erklärung abzugeben über das deutsche Dementi der Enthüllung der „Times" über die Zusammenkunft in Potsdam am 5. Juli 1914.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutsche Note an Spanien.

Die deutsche Regierung richtete in der Angelegenheit des spanischen U-Boot-Erlasses eine Note an die spanische Regierung, die einen Protest enthält und mit juristischen Ausführungen begründet ist. Die Antwort der spanischen Regierung lief noch nicht ein.

*

Wer für den Frieden ist, wird gelyncht.

Eine Menge maskierter Leute lynchte in Butte im Staate Montana ein Mitglied des Vollzugsausschusses des Verbandes „Industrial Workers of the World", der für die Friedensbewegung tätig war.

Politische Rundschau.

Deutschland.

In Ungnade gefallen.

Herr von Kühlmann ist noch nicht zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt und schon ist er in Ungnade gefallen — allerdings nur beim Grafen Reventlow. Dieser denunziert in der „Deutschen Tageszeitung" den Herrn von Kühlmann als einen Anhänger der Politik Bethmanns; er wirft ihm weiter vor:

„Als Gesandter in den Niederlanden während des Krieges hat Herr von Kühlmann ebenso wie Bethmann-Hollweg weiter an die „Verständigung" mit Großbritannien gedacht und wahrscheinlich so eifrig betrieben, wie es ihm möglich war. Er war einer der schärfsten Gegner des U-Boot-Krieges und machte während seiner Amtsführung im Haag zur Verhinderung des U-Boot-Krieges besonders Gebrauch von der Warnung, daß dann kriegerische Komplikationen mit den Niederlanden unvermeidlich würden. Auch hier hat er also unrichtig gesehen, und die tatsächlichen Faktoren unrichtig gewertet und eingeschätzt, genau ebenso wie in der deutsch-englischen Frage."

Nach diesem Angriff von dieser Seite dürfte die Berufung des Herrn von Kühlmann als gesichert gelten.

Späte Einsicht.

Der Zentrumsabgeordnete Kuckhoff bespricht im „Tag" den Verständigungsfrieden im Sinne des Katholizismus und kommt dabei zu dem Geständnis:

„Wenn die Menschheit eine heilsame Lehre aus dem Weltkriege gezogen hat, so ist es die, daß der alte Satz: „Si vis pacem, para bellum" eine höchst verderbliche Irrlehre enthält. Ein Friede, der sich auf die Bajonette stützt, ist nur ein Waffenstillstand, in dem die Völker nicht nach Verständigung trachten, sondern nur nach Bundesgenossen Umschau halten, die ihnen in dem zu erwartenden Waffengang zur Seite stehen sollen. Solche Bündnisse sind mehr Bedrohung als Schutz."

Diesen Gedankengang hat die Sozialdemokratie stets vertreten und ist gerade dieserhalb nicht zum wenigsten vom Zentrum, in der heftigsten Weise befehdet worden. — Uebrigens vertritt Abgeordneter Kuckhoff in dem erwähnten Artikel den Standpunkt, daß in der nach dem Kriege zu schaffenden internationalen Organisation dem Papst eine entscheidende Rolle eingeräumt werden müsse. Dieses Verlangen begründet der Verfasser wie folgt:

„Durch die internationale Organisation kann eine dauernde internationale Verständigung erreicht werden, deren Organ eine Schiedsgerichtsbarkeit sein wird, wie sie der Form nach vor dem Kriege in der Haager Friedenskonferenz versucht worden ist. Sie kann natürlich nur ein Mittel zum

zweck sein, nicht Selbstzweck. Ohne den Willen der Völker zur Gerechtigkeit ist sie ein Ball, den die Mächtigen der Erde nach ihren Zwecken sich gegenseitig zuwerfen werden. Darum erscheint es unbedingt geboten, daß der traditionell anerkannte Träger und Förderer der Idee der Völkerverständigung anerkannt und zugezogen werde. In ihm haben wir auf dieser Erde den unbefangenen Gegner des Rüstungsgedankens. Ohne Mitwirkung des Papsttums wird eine dauernde Friedensinstitution gar nicht mehr denkbar sein, wenn einmal von allen Völkern der Grundsatz der Verständigung anerkannt ist. Und daß er anerkannt wird, dafür wird der weitere Verlauf dieses Weltkrieges wirken.

Als eine Voraussetzung für eine gedeihliche Wirksamkeit der päpstlichen Kurie bezeichnet Herr Kuckhoff schließlich die Wiederherstellung des Kirchenstaates, über dessen Umfang eine Verständigung versucht werden müßte.

Gegner der Verständigung.

Der Kampf gegen die Friedenskundgebung des Reichstages nimmt immer schärfere Formen an. Im „Tag" bezeichnet Geheimrat von Buchka diese Kundgebung als eine verfehlte Aktion und sagt dann zu der Rede des Kanzlers:

„Wie zu erwarten war, verwarf er die Resolution nicht direkt, was einen sofortigen Konflikt zum Ausbruch gebracht hätte, aber er nahm ihr den Wind aus den Segeln, indem er sie in einer Weise interpretierte, gegen die sich von keiner Seite viel einwenden ließ, die aber, bei Licht besehen, doch zu nichts verpflichtete. Die Sicherstellung der Grenzen des Reiches für alle Zeiten, die Schaffung von Garantien für seine Lebensbedingungen auf dem Kontinent und Uebersee und die Sicherung des Reiches gegen die Auswachsung des Waffenbundes unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund sind Ziele, die sich nach der Meinung des Kanzlers im Rahmen der Resolution, wie er sie auffasse, erreichen lassen, und wenn diese Ziele im Wege der Verständigung und des Ausgleichs zu erreichen wären, so würde auch auf seiten der Minderheitsparteien schwerlich irgend jemand etwas hiergegen einzuwenden haben. Eine weitere Frage ist es freilich, ob sich dieses vom Reichskanzler offenbar mit vollster Absicht nur in den allgemeinsten Umrissen gezeichnete Programm in der Tat im Wege der Verständigung und des Ausgleichs mit unseren Feinden ausführen lassen wird."

Wie schon aus der ganzen Fragestellung zu erraten ist, verneint Herr von Buchka diese Frage. — Die Alldeutschen benützen für ihre Friedensfeindschaft den ohnehin überlasteten Telegraphen. Sie telegraphieren den Kaiser, Hindenburg und den Chef der Seestreitkräfte an. Die Antworten, auch wenn sie nur Höflichkeitsfloskeln enthalten, werden in der Presse in besonderer Aufmachung veröffentlicht, um den Eindruck einer Uebereinstimmung zu erwecken. Im ganzen Reich halten die Ortsgruppen, die vielfach über einen mäßig besetzten Stammtisch nicht hinausreichen, Versammlungen ab, um dort hinter gefüllten Krügen ihren unbändigen Siegeswillen zu bekunden, der meist in die Mahnung ausklingt, nicht mehr vom Frieden zu reden, sondern die Waffen entscheiden zu lassen.

Freikonservative Kundgebung.

Die Freikonservative Partei hat eine Entschließung gefaßt, in der u. a. gesagt wird:

„Wer die Mittel im Kampfe für des Volkes Sein und Freiheit versagt, oder nicht seine volle Arbeitskraft einsetzt, treibt Landesverrat. Die Partei verstehe das tiefe Sehnen unseres Volkes nach Frieden. Ein Frieden aber aus den Händen der Internationale, der keinen Ersatz für die überwältigen Opfer und keine Sicherung gegen die Wiederkehr ruchloser Angriffe biete, sei ein Unglück für das Volk, eine schwere Gefahr für seine Weiterentwicklung, eine Sünde an unseren Kindern und Enkeln. Die restlose Ausnutzung der Kriegslage sei eine selbstverständliche Pflicht der Reichsleitung. Dem Gedanken der Kaiserlichen Osterbotschaft folgend, sei die Partei bereit, an einem Wahlrecht mitzuarbeiten, das neben der Steuerleistung u. a. auch den Gedanken der Aufwärtsentwicklung und des geistigen und wirtschaftlichen Aufstieges in seiner Abstufung Rechnung trage. Die Uebernahme des Reichstagswahlrechts auf Preußen lehne sie ab als unvereinbar mit den besonderen Aufgaben und Verhältnissen des preußischen Staates und sonach auch mit den richtig verstandenen Interessen des Reiches. Die parlamentarische Regierungsform bietet für das Reich und Preußen keine Gewähr gesunden Fortschrittes."

Das Kriegsziel der Evangelischen „Arbeiter"vereine.

Der geschäftsführende Ausschuß des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine veröffentlicht folgende Erklärung:

Inmitten der grauenvollen Verwirrung und Zersetzung der öffentlichen Meinung erklären die Unterzeichneten, daß sie unbedingt festhalten an der Losung: ein starkes, deutsches Kaisertum, kein parlamentarisches Regiment; ein unabhängiges Beamtentum, keine Herrschaft dilettantischer Berufspolitiker; ein starker deutscher Friede, kein fauler Versöhnungs- und Verständigungsfriede.

Hurra! Hurra! Hurra!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 3. August.

Und immer noch . . .

ImSommer war's. — Auf den Feldern standen die Garben.
Die Früchte reiften. — Der Sommer malte in vollen Farben.
Unsere unbesiegbare Mutter Natur
Ließ ihre Wunder erstehn in Wald, Heide und Flur.
Die Heide glühte im violetten Schaum,
Das Heidekraut blühte bis weit zum Waldessaum.
Im Walde war ein Rauschen und tausendstimmiger Sang,
Und mitten hinein traf uns ein furchtbarer Klang,
Es war der Krieg! — — —
— — — — — — — — — — — — — —
Sommer ist's wieder. — Wald, Heide und Flur
Schimmern und leuchten wieder im Glanz der Natur.
Und der Sang im Walde, und die Heide, so schön,
Die Felder tragen, als sei nichts geschehn,
Als störte sich nichts an dem riesigen Morden,
Als wäre hier gar nichts anders geworden. — — —
Die Aehren reifen. — Die Sense erklingt. —
Gar mancher fehlt, der zur Ernte sie schwingt.
Der Wald ist voll Frieden, und die Heide so schön,
Gar mancher wird sie nicht wiedersehn. — — —
Bald stehen wieder nun die goldnen Garben,
Und wieder malt der Sommer in vollen Farben.
Die Früchte reifen. — Unsere Mutter Natur
Segnet unsere Ackerflur. — — —
Und immer noch wütet der Krieg. — — —

Max Leopold †.

Seinen siebzigsten Geburtstag begeht heute Lübecks Bürgermeister Dr. Fehling. Er gehört seit dem 4. Mai 1896 dem Lübecker Senate an und ist seit Beginn dieses Jahres sein Präsident. Bürgermeister Dr. Fehling ist zugleich Lübecks Vertreter im Bundesrat.

Erntesitten und Getreidesagen. An dem Tag, an dem der Landmann sein Getreide erntet, und der für ihn einer der wichtigsten Tage des ganzen Jahres ist, knüpfen sich von altersher die verschiedensten Bräuche. Um dem Gotte Odin Dank für eine reiche Ernte zu erweisen, ließen die alten Germanen im abgeernteten Felde ein Büschel Getreide stehen, und denselben Brauch üben auch jetzt noch viele Bauern in Mecklenburg und im Harz, aber mit dem Unterschied, daß die Büschel den Sperlingen bestimmt sind. Eine Sitte, die lange Zeit noch in Hessen geübt wurde, bestand darin, daß man zum Dank für die glücklich eingebrachte Ernte nachts eine kleine Korngarbe, für die Engel bestimmt, aus der Scheuer warf. Am Sonntag Korn zu schneiden, galt früher allgemein als sündhaft und dem Korn Schaden bringend. Die drei ersten Halme, die womöglich von einem Kind oder einem jungen Mädchen geschnitten werden sollen, besitzen eine ganz besondere Kraft, vor Krankheit und Unglück zu schützen und werden deshalb hinter den Spiegel gesteckt oder über die Haustür genagelt, wo sie das ganze Jahr hindurch bleiben sollen. Findet die Ernte während eines Krieges statt, so sucht der Landmann mit besonderem Interesse nach Doppelähren, weil sie den baldigen Frieden bedeuten.

Fast jede einzelne Getreideart, ja sogar Heu und Stroh, verbindet der Volksaberglaube mit seltsamen Sagen, die wieder alle möglichen Bräuche erfordern.. Bei den alten Römern gab es eine förmliche Getreidereligion, die die Anbetung der verschiedensten Götter in sich schloß. Jedes Wachstumsstadium des Getreides besaß seine eigene Gottheit; selbst für die Bekämpfung des Unkrauts war ein besonderer Gott eingesetzt. Ein uralter deutscher Aberglaube läßt im Roggenfeld zur Zeit der Getreideblüte die Roggenmuhme oder den Roggenwolf hausen, die die Kinder, welche blumenpflückend die Felder betreten wollen, erschrecken; nach einer anderen Sage soll auch in den Haferfeldern ein boshafter Geist, der Haferwurm, wohnen, den man sich indes durch allerhand Bräuche günstig stimmen kann. Der bekannteste Geist des deutschen Kornfeldes und wohl auch der älteste, denn der Glaube an ihn reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück, ist der Bilwis oder Bilwitz, ein böser Dämon, der nachts die Felder verwüstet, ganze Streifen herausschneidet (Bilwisschnitt) und Unkraut sät, das nur schwer wieder auszurotten ist. Wie beim Haferwurm, so versucht der Landmann auch, sich den Bilwis durch Spenden günstig zu stimmen und fernzuhalten. Gerstenkörner am Erntetag verzehrt, sollen gegen Fieber gut sein. Beim Säen und Ernten des Weizens muß der Bauer einen goldenen Ring tragen, weil das Getreide dann schön goldgelb wird und ihm viel Gold einbringt. Endlich soll die erste Garbe, die auf den Erntewagen geladen wird, von allen Garben zuletzt ausgedroschen werden, weil ihr eine besondere Kraft innewohnt; um sie kenntlich zu machen, schmückt man sie mit Blumen und Wacholderzweigen.

Die Kohlenpreise. Die Kohlenpreise werden erhöht, und zwar um zwanzig Prozent, das heißt, um den fünften Teil des jetzt bestehenden Preises. Also ein ganz erklecklicher Zuschlag, der zu zahlen ist von denjenigen, die nicht in der Lage waren, sich beizeiten die Keller füllen zu können, also meistens von der armen und minderbemittelten Bevölkerung, die nicht so viel Kohlen erhalten konnte, um die laufenden Bedürfnisse zu decken, geschweige denn sich für den Winter einen Kohlenvorrat anzusammeln, während anderen die schwarzen Diamanten fuhrenweise ins Haus geschafft wurden.

Nun kommt die Kohlenkarte und mit ihr die „Regelung" des Kohlenverkehrs. Die Kreise, die schon genug Kohlen haben, werden von weiterem Bezug ausgeschlossen. Gut! Damit ist aber noch lange nicht erreicht, daß die andern kohlenlosen Einwohner nun auch Kohlen bekommen, denn die Kohlenkarte gibt ein Recht auf den Bezug von Kohlen nur dann, wenn solche vorhanden sind.

Aber angenommen, es kämen im Laufe des Jahres noch so viel Kohlen heran, daß alle Bedürfnisse gedeckt werden können, das heißt nach und nach. Was folgert daraus? Daß die Armen und Minderbemittelten erstens die Kohlen viel teurer bezahlen müssen als diejenigen Besitzenden, die in der glücklichen Lage waren, sich voll eindecken zu können, und zweitens, daß sie sich die Kohlen einzeln heranschaffen müssen nach langem Stehen und Harren. Also teurer und mühseliger ist der Bezug.

Damit aber noch nicht genug. Im Hintergrunde lauert die Einschränkung des Gasverbrauchs mit einem eventuellen Strafaufschlag für das über das genehmigte Quantum hinaus verbrauchte Gas . . . Fünfzig Pfennig sollten nach einer kürzlichen Zeitungsnotiz, wenn sie den Tatsachen entsprach, als Strafsatz für das Kubikmeter bezahlt werden.

Wenn schon die Familien keine oder ungenügende Kohlen zur Verfügung haben, will man sie dann auch noch strafen, wenn sie ihre Speisen auf Gas kochen und sich dabei gleichzeitig die Küche etwas anwärmen?

Und der Petroleummangel? Zieht man den nicht in Betracht?

Auf Familien mit beschränkter Kohlenzuweisung dürfte die Strafbestimmung über den vermehrten Gasverbrauch überhaupt nicht in Anwendung gebracht werden. In besseren Haushaltungen mit vielen Zimmern kann dagegen viel Licht gespart werden. Dort setze man den Hebel an!

Einschränkung des Gasverbrauchs. Der Reichskommissar für Elektrizität und Gas, Professor W. Fiedler, hat, wie berichtet wird, eine den Gasverbrauch erheblich einschränkende Verordnung und die zugehörigen Ausführungsbestimmungen erlassen. Danach sind fortab neue Hausanschlüsse, ferner die Aufstellung von Gas-Badeöfen und Gas-Zimmeröfen verboten. Ausnahmen sind nur in außergewöhnlich dringenden Fällen gestattet. Die Höhe der Einschränkung wird vom Reichskommissar jeweils für bestimmte Zeiträume festgesetzt werden. Die öffentliche Beleuchtung ist weitestgehend einzuschränken. Die Vertrauensmänner, die bei jeder Gasanstalt zu ernennen sind, sind berechtigt, den Gebrauch von Gaszimmeröfen zu verbieten. Verboten wird ferner das Brennen von Leuchtflammen und Kocheinrichtungen zu Raumheizungszwecken. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen ziehen die Absperrung der Gaszuleitung nach sich, wie auch Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre und Geldstrafen bis zu 10 000 Mark oder eine dieser beiden Strafen. Durch die Ausführungsbestimmungen wird der Absatz des gegen Entgelt abgegebenen Gases bis auf weiteres auf insgesamt nicht mehr als 80 v. H. des vorjährigen Bezuges beschränkt, und zwar auch für die kriegswichtigen Betriebe. Ausnahmebestimmungen sind im allgemeinen nur widerruflich für unmittelbare Kriegszwecke, Massenspeisungen, Lazarette, Krankenhäuser, Eisenbahnbetriebsmittel und Wasserwerke zulässig, und zwar auch zunächst nur bis zum 1. Oktober 1917.

Der Höchstpreis für Frühkartoffeln beträgt vom 5. August ab im Kleinhandel 13 Pfg. pro Pfund. Der Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln ist auf 8 Mk. für den Zentner festgesetzt worden.

Reisebrotmarken. Wolffs Bureau teilt mit: Ab 16. August werden die bis dahin auf Reisebrotmarken für den Kopf und Tag gegebenen 200 Gramm Gebäckmengen auf eine Höchstmenge von 250 Gramm erhöht. Es dürfen daher von dem genannten Zeitpunkte ab für jeden Reisetag an eine Person statt der bisherigen 4, fortan 5 Reichsreisebrotmarken, die je einen auf 40 Gramm und einen auf 10 Gramm Gebäck lautenden Abschnitt enthalten, ausgehändigt werden.

Bevorstehende Ermäßigung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch. Wir berichteten vor längerer Zeit, daß beabsichtigt sei, die Kleinhandelspreise für Rindfleisch herabzusetzen. Bisher konnte dies nicht geschehen, da im Monat Juli die bis 1. Juli rechtzeitig angebotenen Schlachtrinder noch zu den früheren hohen Preisen abgenommen und bezahlt werden mußten. Dieses Fleisch muß erst zur Verteilung zu dem noch bestehenden höheren Preise gebracht werden, da es zu höherem Preise erworben wurde. Diese Verteilung wird in den nächsten Tagen beendet sein, zugleich hört ja auch die verbilligte Zusatzfleischration bekanntlich Mitte August auf. Es wäre unseres Erachtens richtig, wenn von diesem Zeitpunkt an die Verbilligung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch eintreten würde. Wie wir hören, hat das Kriegsernährungsamt auch Weisungen erlassen, daß die Verbilligung des Rindfleisches im Kleinverkauf möglichst zu diesem Zeitpunkt einsetzen soll.

Die geplante große Eisenbahnverbindung Hamburg—Lübeck—Dänemark—Schweden war vor dem Krieg der Gegenstand lebhafter Presseerörterungen. Daß das für Lübeck wichtige Projekt nur aufgeschoben und nicht aufgehoben ist, braucht wohl nicht besonders hergehoben zu werden. Jetzt schreibt Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning: Der schon vor dem Kriege gehegte Plan einer neuen Kontinentalverbindung zwischen Schweden und Hamburg über Rödby—Fehmarn ist von neuem in einem Artikel der Nordisk Turist-Tidskrift aufgenommen worden. Zurzeit ist der ganze Verkehr von den nordischen Ländern nach dem Westen des Kontinents als Seitenlinie der schwedischen und dänischen Kontinentalrouten nach Berlin geregelt. Durch die neue Linie könnte die Reise zwischen Kopenhagen und Hamburg in 5 Stunden und 14 Minuten zurückgelegt werden, einschließlich eines Aufenthalts von 14 Minuten in Lübeck. Dies wäre eine Ersparnis von 4 Stunden gegen früher. Ein Reisender aus Gothenburg würde bei der Abreise mit dem Nachtzuge 1½ Uhr am nächsten Tage um 12 Uhr mittags in Hamburg eintreffen, dort seine Geschäfte erledigen und am nächsten Tage morgens 4½ Uhr wieder in Gothenburg sein können. Dies alles wäre ohne die geringste Änderung der jetzigen Eisenbahnlinien seitens Schwedens zu erreichen. Die Zeitersparnis Gothenburg—Hamburg würde 5½ Stunden, Gothenburg—Paris 7 Stunden und Gothenburg—London 10 Stunden betragen. Die Kosten würden sich jedoch ziemlich hoch stellen. Dänischerseits wären die Anlagen auf 9 Millionen Kronen zu veranschlagen. Hiervon brauchten aber — durch Einziehung der Linie Korsör—Kiel — nur etwa 5 Millionen Kronen verzinst zu werden. Die deutschen Anlagen erfordern hingegen nicht weniger als 21 Millionen Mk., welche hohe Ausgabe Deutschland infolge der Schwächung durch den Weltkrieg kaum bald auf sich nehmen dürfte. Andererseits darf man nicht vergessen, daß Hamburg alle Mittel wird ergreifen müssen, um der schweren Konkurrenz nach dem Kriege zu begegnen, und es ist daher sehr wohl möglich, daß es dieses Geldopfer für eine nicht zu vermeidende Kapitalanlage erhält.

Zum Untergang des Dampfers „Ingrid Horn", den wir gestern meldeten, liegen heute folgende weitere Nachrichten vor. Aus Stockholm wird unter dem 31. Juli gemeldet: In letzter Nacht hat sich ein sehr schwerer Seeunfall unweit Dalarö ereignet. Der von Landsort nach Dalarö bestimmte schwedische Dampfer „Bergvik" ist bei Toklöf in der Nähe von Dalarö Schanze, mit voller Fahrt gegen den dort vor Anker liegenden deutschen Dampfer „Ingrid Horn" gerannt, so daß dieser unmittelbar darauf sank und seine ganze Besatzung, sowie zwei an Bord befindliche schwedische Lotsen, bis auf einen Mann ertranken. Der Dampfer „Bergvik" konnte die Reise nach Stockholm fortsetzen. Nach einer anderen Meldung soll die „Ingrid Horn" ebenfalls in Fahrt gewesen sein und man nimmt an, daß der „Bergvik" deren Topplaterne für die Ankerlaterne eines Schiffes gehalten hat (?). Der „Bergvik", 770 Neto Reg.-Tons, 1915 in Malmö, auf Kockums Werft erbaut, Eigentum der Reederei A.-G. Percy Tham, traf die „Ingrid Horn" bei der Brücke und riß ihr ein großes Loch in die Seite, durch das der Steven sehr schnell voll lief. Der „Bergvik" hat erheblichen Schaden am Steven erhalten. Man nimmt an, daß die Leute der „Ingrid Horn" noch Zeit gehabt haben, in eins der Rettungsboote zu gehen, daß dieses aber durch den starken Sog des untergehenden Dampfers mit in die Tiefe gezogen worden ist und alle Insassen umgekommen sind. Der Gerettete, ein Matrose Heinrich Kalm, der im Augenblick des Zusammenstoßes auf Deck schlief, sprang sofort über Bord und wurde von dem Boot des „Bergvik" gerettet." — Später wird noch gemeldet, daß der Dampfer „Bergvik" in Stockholm angekommen ist. Sein Lotse berichtet, daß er zusammen mit dem Steuermann auf der Brücke gewesen sei, als er ein bei dem diesigen Wetter schwach leuchtendes weißes Licht, anscheinend die Topplaterne (?) eines still liegenden Schiffes sah. Um diesem auszuweichen, wurde Backbordruder gegeben. Jetzt erst bekam man das grüne Seitenlicht des anderen Schiffes in Sicht, gab sofort 3 Töne mit der Dampfpfeife, die von der „Ingrid Horn" mit einem kurzen Ton beantwortet wurden. Entsprechend dem Signal wurde „Bergviks" Maschine auf „rückwärts" gestellt, doch war es schon zu spät, da sein Steven gleich darauf tief in die „Ingrid Horn" eindrang, so daß diese in wenigen Minuten sank. Des unsichtigen Wetters wegen hatte man die Absicht, den „Bergvik" vor Anker zu bringen. — Ein klares Bild über die Vorgänge bei dem bedauerlichen und folgenschweren Zusammenstoß kann man sich aus dem bis jetzt vorliegenden Material nicht machen. Einzelne Meldungen besagen, die „Ingrid Horn" habe vor Anker gelegen, andere wieder, sie sei in Fahrt gewesen. Für letztere Angabe spricht das Sichten der grünen Seitenlaterne des Schiffes durch den Lotsen des „Bergvik". Unerklärlich bleibt aber, daß nur ein Mann von den an Bord befindlichen 19 bis 20 Personen gerettet wurde. Gerade wie dieser vor dem Sinken des Schiffes über Bord sprang und von einem Boot des „Bergvik" aufgenommen wurde, sollte man annehmen, daß auch die Rettung weiterer Leute hätte gelingen müssen. Es müssen zunächst die Aussagen des geretteten Matrosen abgewartet werden, bevor man ein abschließendes Urteil über die Kollision, ihre Veranlassung und die etwaige Schuldfrage fällen kann. Eine in den Blättermeldungen aufgestellte Behauptung, daß die Seitenlaternen auf der „Ingrid Horn" überhaupt nicht gebrannt haben sollen, sondern nur zum Anzünden bereit gehalten seien, wenn ihr Zeigen notwendig werden sollte, erscheint zu wenig wahrscheinlich. Der Lotse des „Bergvik" erklärt außerdem auch, daß er die grüne Laterne, allerdings zu spät, um den Zusammenstoß noch vermeiden zu können, gesehen habe. Von den beiden umgekommenen Lotsen war der eine in Dalarö an Bord der „Ingrid Horn" gekommen, um das Schiff nach See zu bringen, während der andere der Lotsenvormann aus Södertelje war. Beides waren erfahrene Leute im Alter zwischen 30 und 40 Jahren und man darf wohl annehmen, daß sie mit dafür gesorgt haben, daß auf dem Schiffe nichts zu dessen Sicherung versäumt worden ist.

Was bedeutet der Name des Monats August? Das ist doch klar, so denken viele; denn es ist bekannt, daß dieser Monat im Altertum erst Sextilis, nämlich der Sechste in dem zehnmonatlichen Jahr der Römer, genannt wurde, dann aber zu Ehren des Kaisers Augustus dessen Namen erhielt, und der Name Augustus bedeutet so viel wie heilig, erhaben, ehrwürdig. Ob aber wirklich unser Monat nach diesem römischen Imperator heißt, oder ob nicht die Deutschen ihren altdeutschen Monatsnamen bequemerweise nur mit dem römischen verschmolzen haben, ist eine schwer heute noch lösbare Frage. Aust oder August, auch Eugst nannte man näm-

lich in alter Zeit die Zeit der Reife, der Ernte, ohne damit einen bestimmten Monat zu bezeichnen. In dem alten Heldengedicht „Iwein" heißt es:

„Unz das annder Jar gefing,
Und vast in den Eugsten ging."

(Bis das zweite Jahr anfing, und fast bis zur Ernte ging.) Ernte heißt in Dänemark Höst, in Schweden Host, in Irland Haust, in Holland Ooghst, in Niedersachsen Aust, und auch der französische Name für August, Août, verrät denselben Stamm. Dies beweisen auch die abgeleiteten Formen aoûter reifen, aoûteron Schnitter. In früheren Jahrhunderten nannte man in Deutschland zwei Monate Augst, wie noch jetzt in Südtirol der August „erster Aux", der September „anderst Aux" genannt wird.

Die Versorgung mit Honig, über die kürzlich ein Ministerialerlaß veröffentlicht wurde, hat zahlreiche Anfragen von Privatverbrauchern auf Nachweisung von Bienenhonigveräußern an das Preußische Landesamt für Gemüse und Obst veranlaßt. Bei der geringen Menge des zur Verfügung stehenden Honigs können vorerst nur die Kommunalverbände zur Deckung des Bedarfs von Krankenanstalten, Heilstätten, Lazaretten usw. in Frage kommen, während die einzelnen Privatverbraucher nicht berücksichtigt werden können. Erzeuger von Honig können ihre verfügbaren Mengen zur Vermittlung des Absatzes für diese gemeinnützigen Zwecke bei den der Vereinigung der deutschen Imkerverbände angeschlossenen Imkervereinen, wenn sie solchen angehören, oder bei der Honig-Vermittlungs-Stelle, Berlin, Potsdamerstraße 75, anmelden.

Um die Verschleppung unbezettelter Gepäckstücke und die zahlreichen Entschädigungsansprüche der Reisenden zu verhüten, ist der § 31 der Eisenbahn-Verkehrsordnung vorübergehend dahin ergänzt worden, daß die Reisenden verpflichtet werden, auf ihren Gepäckstücken ihre Adresse sowie die Aufgabe- und Bestimmungsstation anzugeben. Die Änderung tritt am 15. August in Kraft. Die Eisenbahnverwaltungen werden an den Gepäckschaltern geeignete Anhänger zum Selbstkostenpreis an die Reisenden abgeben lassen.

Gemeinnützige Milchversorgung e. G. m. b. H. Am Sonnabend, dem 4. August findet im Marmorsaal des Stadttheaters abends ½9 Uhr eine außerordentliche General-Versammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Genossen erwünscht. Als Eintrittsberechtigung dient Bankquittung.

Altona. Mord und Selbstmord. Der 23 Jahre alte Backer Wilhelm Rath, der im Hause Bachstraße 61 wohnte, hat in der Nacht zum Donnerstag die 26jährige Auguste Weichbrodt durch einen Revolverschuß in den Kopf getötet und dann sich selbst erschossen. Unglückliche Liebe soll das Motiv der Tat sein. Rath war fast gänzlich erblindet. Beide Leichen kamen in die Leichenhalle.

Plön. Durch Blitzschlag wurde das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Hufners Karl Hagedorn in Grebin eingeäschert.

Sande. Tödlicher Unglücksfall. In einer Tongrube der Güntherschen Ziegelei ertrank ein elfjähriger Knabe aus Sande. Er hatte sich aus Brettern ein Floß gemacht, um in der Tongrube zu fischen. An einer tiefen Stelle stürzte er von seinem Floß in die Tiefe und ertrank. Der Vater des Knaben steht im Felde.

Rostock. Lohnbewegung der Werftarbeiter. In einer hier Mittwoch abgehaltenen Werftarbeiterversammlung berichtete der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Werft, daß der Arbeiterausschuß in Anbetracht der sprungweisen fortschreitenden Teuerung bereits am 7. Juli der Werft folgende Forderungen überreicht habe: 1. allgemeine Lohnerhöhung von 10 Pfg. die Stunde; 2. Erhöhung der Einstellungslöhne um 10 Pfg. die Stunde; 3. der Lohnerhöhung entsprechende Akkorderhöhung; 4. entsprechende Zulagen für Weibliche, Jugendliche und Lehrlinge; 5. Erhöhung des Lohnzuschlages für Arbeiter mit eigenem Werkzeug. Die Werftleitung verlangte vom Arbeiterausschuß, daß er die Forderungen der Organisation überweisen sollte und daß darüber von Organisation zu Organisation verhandelt werde. Der Arbeiterausschuß lehnte dies ab und verlangte sofortige Verhandlung am Orte. Darauf wurde dem Arbeiterausschuß am 19. Juli von der Werftleitung mitgeteilt, daß die Werft von der Organisation der Werftbesitzer die Order erhalten habe, die Forderungen der Werftarbeiter abzulehnen. Einen Tag später teilte die Werft dem Ausschuß mit, daß die Werftbesitzerorganisation den Beschluß gefaßt habe, an die Organisation der Werftarbeiter das Ersuchen zu stellen, über die in allen Werftorten aufgestellten Forderungen von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Die Versammlung müsse deshalb entscheiden, ob der Schlichtungsausschuß angerufen werden soll. Es wurde von der Versammlung nach lebhafter Aussprache ein Antrag angenommen, in Anbetracht der mangelhaften Ernährung eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden die Woche mit entsprechendem Lohnausgleich zu fordern; weiter wurde beschlossen, die Lohnforderung für Lohnarbeiter auf 15 Pfg. zu erhöhen und schließlich zu verlangen, daß die Akkorde sämtlich neu zu regulieren und so zu bemessen sind, daß dabei ein zeitgemäßer Verdienst erreicht werden kann. In einer Entschließung beauftragte die Versammlung, die so ergänzten Forderungen der Werft nochmals einzureichen, und, wenn sie abgelehnt werden, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. August. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum vier Dampfer und sechs Segler versenkt. Darunter befand sich der englische bewaffnete Dampfer „Ramillies" (2935 Tonnen) mit 4500 Tonnen Kohlen. Der Kapitän des Dampfers wurde gefangen genommen. Von den übrigen versenkten Schiffen hatten drei Stückgut geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Haag, 2. Aug. Der „Nederlandsche Antioorlograad" hat folgende Resolution angenommen: „Die vom „Nederlandsche Antioorlograad" einberufene, im Haag abgehaltene nationale Versammlung, in der Erwägung, daß das wachsende Bewußtsein beider kriegführender Parteien, ein Völkerbund mit internationaler Rechtsorganisation müsse die existierende internationale Anarchie und deren Appell an die Waffen ersetzen, die Hoffnung rechtfertigt, daß die Schaffung dieses Völkerbundes als das Ziel des kommenden Friedens in den Vordergrund gerückt werden wird. In der Erwägung ferner, daß einerseits der englische Ministerpräsident den Frieden nicht mehr unbedingt von einem militärischen Siege abhängig hält, sondern die Demokratisierung Deutschlands als Friedensfaktor anerkennt, und daß andererseits die Annahme der Friedensresolution vom deutschen Reichstag auf einen bedeutungsvollen Schritt in jener Richtung hinweist. In der Erwägung endlich, daß also die Durchführung der Mehrheitsresolution des Reichstages und die unzweideutige Erklärung der deutschen Regierung, daß sie irgendwelche gewaltsame Gebietserwerbung zurückweist und zur Wiederherstellung Belgiens bereit ist, den Anfang einer friedlichen Annäherung ermöglichen und auch den ökonomischen Krieg nach dem Kriege verhüten dürften, fordert die kriegführenden Regierungen inständigst dazu auf, zu versuchen, nachdem sie sich über diese grundsätzlichen Bedingungen geeinigt haben, die übrigen Streitpunkte und Nationalitätenfragen auf der Basis gegenseitigen Entgegenkommens unter Beobachtung der Wünsche und Interessen der betreffenden Bevölkerungen zu lösen.

Haag, 22. August. Reuter meldet aus Washington. Die Regierung bewilligte England und Frankreich Anleihen von 185 bezw. 160 Millionen Dollar zur Deckung ihrer Bedürfnisse während des Monats August.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Das Ueberhandnehmen der Treibriemendiebstähle veranlaßt mich, folgendes zur allgemeinen Kenntnis zu bringen:

Jeder, der Treibriemen stiehlt, vergreift sich nicht nur an fremdem Eigentum, sondern beeinträchtigt in der gegenwärtigen Kriegszeit dadurch gleichzeitig in schwerster Weise die heimische Kriegsindustrie, stört die Herstellung von Kriegsmaterial zur Abwehr unserer Feinde und begeht damit Verrat am Vaterlande.

Unter Umständen kann eine derartige Straftat unmittelbar als Landesverrat mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren geahndet werden. Um aber in jedem Falle eines Treibriemendiebstahls den Dieb ebenso wie den Hehler, die durch ihr vaterlandsloses Treiben die Sicherheit des Reiches gefährden, ein für allemal unschädlich zu machen, werde ich jeden, der von jetzt an einen Treibriemendiebstahl begeht oder als Hehler von gestohlenem Treibriemenleder festgestellt wird, soweit und solange er nicht schon in Untersuchungs- oder Strafhaft ist, für die Dauer des Krieges in militärische Sicherheitshaft nehmen.

Der stellvertr. kommandierende General
gez. v. Falk,
2061) General der Infanterie.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 6. bis 12. August einschließlich sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

125 Gramm Gerstengraupen
zum Preise von 30 Pfg. für ½ kg (1 Pfund)
auf den Abschnitt G XIV des Lebensmittelbuches.

Die gesammelten Abschnitte für diese Verteilung (Nr. 67) sind bis zum 16. August an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, abzuliefern.

Lübeck, den 2. August 1917. (2052

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 6. bis 12. August 1917 wird Rindfleisch ausgegeben. Keine Person hat Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als drei Vierteln der Wochenmenge. Der Rest kann in Wurst entnommen werden.

Lübeck, den 2. August 1917. (2055

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend Höchstpreise für Frühkartoffeln.

Vom 5. August 1917 ab darf beim Kleinhandel mit Frühkartoffeln ein Preis von 13 Pfg. für das Pfund nicht überschritten werden.

Der Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln beträgt 8 Mk. für den Zentner.

Wer den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, wird auf Grund des § 6 des Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Lübeck, den 2. August 1917. (2056

Das Polizeiamt.

Bank stellt einen
ordentlichen jungen Mann als
Laufburschen
ein. Schriftl. Bewerbung unter **H B K** an die Exped. dieses Blattes. 2053

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Am 20. Juli starb im Feldlazarett infolge Verwundung als weiteres Opfer des Weltkrieges unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Spethmann.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

2060) **Die Lokalverwaltung.**

Ich danke allen recht herzlich, sowie auch Herrn Pastor Arndt, die meinem Bruder (2062
Fritz Gallinat
das letzte Geleit gaben.
Ludwig Kirchhoff,
Warendorpstr. 10, I.

Zu kaufen gesucht
ein Fuder Heu.
Konsumverein f. Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H. (2063
Hansastraße 160.

Täglich ½—1 Ltr. Ziegenmilch gesucht. (Milch w. geholt.) Ang. unt. **B P 65** an die Exp. (2064

Taschenuhren
Weckuhren
Schmucksach.
Verlobungsringe
Willi Westfehling 2051
32 Holstenstrasse 32

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64. 2050
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Goethes Werke
3 Bände 5.— Mk.
Schillers Werke
3 Bände 6.50 Mk.
Schiller (Prachtband)
3 Bände 8.50 Mk.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.,
e. G. m. b. H.

Achtung Stockelsdorf und Fackenburg!

Bis zum 7. August sollen

neue Kundenlisten

ausgelegt werden und wir bitten unsere werten Mitglieder, sich bis dahin in die in unseren Warenabgabestellen in Stockelsdorf und Fackenburg ausliegenden Kundenlisten unter Vorlegung des Butterbuches eintragen zu lassen. Nur wer in die Kundenliste eingetragen ist, kann auf Lieferung von Ware rechnen, darum versäume keiner die angegebene Frist.

2057 **Der Vorstand.**

Heines Werke
3 Bände 5.— Mk.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (2058
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von A. L'Arronge.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Vertrauensmänner-Versammlung
am Sonnabend, dem 4. August
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Die gescheiterten Vertrags-Verhandlungen und unsere eingereichte Forderung.
Kein Vertrauensmann darf fehlen, jede Werkstatt muß vertreten sein.
2059) **Die Lokalverwaltung.**

Stadthallen-Sommertheater 2054
Freitag, den 3. August 1917:
Anfang 8 Uhr
Abschiedsvorstellung für Carl Ebhardt:
Herrschaftlicher Diener gesucht.
Sonnabend, den 4. Aug. 1917:
Anfang 8¼ Uhr:
und
Sonntag, den 5. August 1917:
Anfang 7½ Uhr:
Filmzauber.
Operette von Kollo und Bredschneider.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu
Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 69a Tel. Nr. 474
Fleisch- und Wurstwaren
Julius Schober
feinste Wurstwaren
Große Burgstr. 15
Beckergrube 45
Beste Fleisch- und Wurstwaren

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Geschäfte
Zur gefl. Beachtung empfohlen

Heinrich Waller
Breitestraße
Herren-Wäsche
Krawatten Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.
Weine
Wilhelm Rahfeldt
Telephon
Spirituosen

Brauereien
Die Biere der
Schloßbrauerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr.
Schuhmacherbedarfsartikel
Pelz-Gerberei
Glockengießerstraße 7

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
G. m. b. H.
liefert das Feinste in allen Wurstwaren.
Wurstfabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
Wilh. Schmidt Nachf.
C. Ahrens, Bäckermeister.

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck
Eutin
Mews Mühle, Mühlenfabrikate
Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Um Friedenswillen und Eroberungslust.

Auf die Enthüllungen von Michaelis über die französisch-russischen geheimen Raubverträge hat der französische Ministerpräsident Ribot in der Kammer geantwortet. Trotz aller erregten Worte über Fälschung und Verdrehung ist die Rede ein glattes Geständnis. Ministerpräsident Briand hat im Februar 1917 den außerordentlichen französischen Gesandten in Petersburg, Doumergue, angewiesen, von dem Versprechen des Zaren Akt zu nehmen, wonach Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen zurückerhalten, sondern auch im Aufsuchen von Garantien gegen jeden neuen Angriff freie Hand erhalte. Diese Garantien erblickte Frankreich in der Annexion des Saargebiets, in dessen reichen Kohlenschätzen es eine kleine Entschädigung für die Kriegslasten zu finden hoffte. (So steht es im „Daily Chronicle“; Ribot selbst schweigt über das Saargebiet.) Im übrigen sollte die Rheinprovinz links und vielleicht auch rechts des Rheins von Deutschland abgetrennt und als selbständiger neutraler Staat unter französisch-belgische Aufsicht gestellt werden.

Herr Ribot verwahrt sich sehr entrüstet gegen die Darstellung des deutschen Kanzlers, als ob Frankreich die ganze Rheinprovinz habe annektieren wollen. In Deutschland wird man diesen Unterschied nicht recht würdigen: ob Frankreich die Rheinprovinz unmittelbar wegnimmt oder Deutschland in das Elend des napoleonischen Rheinbundes hinabstößt, kommt für uns ganz auf das gleiche hinaus; gegen beides wird Deutschland sich wehren, so lange es nur irgend kann.

Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat nun dahin geführt, daß die französischen Raubabsichten auf die Rheinprovinz aufgegeben worden sind. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Briand scheint Herr Ribot an Rheinprovinz und Saarrevier nicht tasten zu wollen — um so fester hält er an Elsaß-Lothringen fest, an den Provinzen, „die niemals aufgehört haben, französisch zu sein“. Beweis: nachdem Ludwig XIV. im Jahre 1683 das stets deutsche Elsaß vom Deutschen Reich gerissen hatte, haben 1799 auf dem Föderationsfest der Revolution die Elsaß-Lothringer ihre Begeisterung für Frankreich bekundet! Wir nehmen die Probe an; erst hat Frankreich die Provinzen mit Gewalt geraubt, und dann nach 107 Jahren haben sie für Frankreich geschwärmt. Man lasse also Elsaß-Lothringen bis 1977 beim Deutschen Reiche, und wenn es dann nicht klar und unzweideutig seinen nahezu einheitlichen Willen bekundet, deutsch zu bleiben, dann mag Frankreich es wieder haben. Für die Friedensaussicht ist es ganz gleichgültig, ob Frankreich das ganze linksrheinische Deutschland oder „nur“ Elsaß-Lothringen erobern will.

Immerhin bleibt von den Enthüllungen des deutschen Reichskanzler genug Kompromittierendes übrig; als die Franzosen das deutsche Friedensangebot ablehnten, versicherten sie laut, daß sie nur dem Völkerrecht und der internationalen Gerechtigkeit dienen wollten; und heimlich ließen sie sich vom Zaren große Strecken deutschen Landes versprechen! Herr Ribot hat denn auch empfunden, daß moralisch Frankreich durch das Bekanntwerden dieser Geheimgeschichten eine schwere Niederlage erlitten hat. Und er sucht sich dafür zu rächen, indem er auf die Zeit vor Kriegsbeginn zurückgreift. Damals soll am 5. Juli in Potsdam ein Kronrat stattgefunden haben, an dem u. a. der Kaiser, Falkenhayn und Tirpitz und von österreichischer Seite Konrad von Hötzendorf und Erzherzog Friedrich teilgenommen haben sollen. In diesem Kronrat soll das Ultimatum an Serbien beschlossen worden sein, nachdem man sich darüber klar geworden war, daß es den Weltkrieg bedeute; den aber gerade habe man herbeiführen wollen, nachdem die Militärs und Flottenleute versichert hätten, Deutschland werde rasch siegen und ungeheure Beute davontragen. Diese ganze wunderschöne Geschichte der teuflischen deutsch-österreichischen Verschwörung gegen den Weltfrieden hat den einen Nachteil, daß kein Wort davon wahr ist.

Die „Enthüllung“ dieses Potsdamer Kronrats stammt aus der „Times“. Es wundert uns eigentlich, daß sie nicht zuerst in Brantings „Sozialdemokraten“ gestanden hat; denn sie hat ihren Weg über Stockholm genommen. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Oskar Cohn, ein kreuzbraver Mann, ein wirklich sozial empfindender Mensch und Rechtsfanatiker, aber unglücklicherweise politisch vollkommen unwissend und naiv wie ein kleines Kind, hat die Sache zuerst in einer der Geheimsitzungen des Haushaltsausschusses erzählt — er verweigert die Kredite lediglich deshalb, weil er wegen dieses Kronrats von Deutschlands Schuld am Kriege überzeugt ist. Auf der Stelle hat ihm damals Herr von Bethmann-Hollweg erwidert, daß dieser Kronrat nie stattgefunden habe; aber Oskar Cohn wußte es besser — Bethmann war eben bloß nicht dabei gewesen und war von der Verschwörung der Militärs mit dem Kaiser hintergangen worden. Er glaubt tatsächlich an dieses Ammenmärchen. Die Delegation der Unabhängigen hat dann in Stockholm die Schuldfrage erörtert und dabei auch offenbar etwas von diesem Kronrat erzählt. Und so sind die „Times“ und Herr Ribot zu ihrer kläglichen Gegensensation gekommen. Wenn es sich nicht in allen diesen Fragen um Menschenleben, um das Glück ganzer Völker handelte, müßte man über diese Dummheiten laut lachen.

Kurz vor Ribot hat auch der englische Außenminister Balfour über die Friedensfrage geredet. Er hat vornehm zurückhaltend gesprochen, wie das seiner Natur entspricht, und Deutschland nicht beschimpft. Aber er hat jede Festlegung auf irgend welche Friedensbedingungen abgewiesen; es handle sich dabei um viel zu große und viel zu verwickelte Verhältnisse, als daß eine Regierung sich binden könne. Diesen Gedankengang hat er in einem halben Dutzend verschiedenartiger Wendungen immer wieder dargelegt. Er hat dann Deutschland freundschaftlich zur Demokratisierung eingeladen und uns liebevoll an das Revolutionsjahr 1848 erinnert; er hat Recht daran, daß er Deutschlands innere Ordnung uns überlassen will. Balfour glaubt nicht an die Möglichkeit eines Friedens, so lange Deutschland nicht entweder frei oder machtlos geworden ist. Wir wiederum wollen keine Freiheit um den Preis der Ohnmacht. Daß man mit diesen Auseinandersetzungen dem Frieden nicht näher kommt, liegt auf der Hand.

Das hat sich denn auch Balfour selber nicht verhehlt. Er hat ausgeführt, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, vom Frieden zu sprechen; alles werde vom Kriegsglück abhängen. Ueber Bethmanns Berufung auf die Kriegskarte, die doch einen ganz andern Sinn hatte — sie sollte nämlich nur zeigen, daß Deutschland nicht der Besiegte sei — hat sich die ganze Entente nun schon über Jahr und Tag entrüstet. Und jetzt ist Balfours letzte Weisheit der Hinweis auf das „Kriegsglück“.

In der Tat liegen die Ding ganz einfach so, daß England und seine Trabanten trotz aller Fehlschläge noch immer versuchen wollen, das Kriegsglück zu zwingen. Sie tun es gerade jetzt wieder in Flandern mit höchstem Einsatz und unter größter Anstrengung. Deutschland hingegen hält schon längst die Zeit für reif, vom Frieden zu sprechen und den Frieden zu schließen.

Die inneren Parteikrisen.

Aufruf zur Gründung einer neuen Sozialdemokratie.

Die Katastrophe dieses Weltkrieges läßt keine der politischen Parteien in ihrem Programm, ihrem Wesen und ihrem Bestand unberührt. Das ist die natürlichste Erscheinung von der Welt, die selbst der bornierteste Konservative nicht leugnen kann, auch wenn er sich Sozialdemokrat nennt und über das Hinzulernen unter feierlicher Berufung auf vergilbte Pergamente und Beschlüsse noch so giftig spottet.

Das Zentrum ist durch diesen Weltkrieg besonders stark erschüttert worden, weil es noch Angehörige fast aller Klassen der Bevölkerung in seinen Reihen vereinigt. Insbesondere hat der Weltkrieg das Klassenbewußtsein der katholischen Arbeiter mächtig geschärft, ihre Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie bedeutend gemildert und dafür ihren Gegensatz zu den Vertretern der Interessen von Landrente und Kapitalprofit stark vergrößert. Wir greifen aufs gute Glück aus der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, zwei Belege heraus. Die eine Zuschrift richtet sich gegen die Propaganda der „Kölnischen Volkszeitung“ für den „Hindenburg-Frieden“ im Gegensatz zu dem „Scheidemann-Frieden“; über die damals veröffentlichte Unterschriftenliste der „K. V.“ schreibt das katholische Arbeiterblatt:

„Dann kam die Veröffentlichung der Namen. Das waren Kommerzienräte, Professoren und lauter hohe Tiere. Las ich Musketier, Grenadier? Schlosser, Schreiner, Schuster? Es war die Klasse, aus der unsere Reserveoffiziere hervorgehen. Das war das schlimmste, daß die Toren wieder sagen konnten: wir führen den Krieg ja nur noch für die Kapitalisten, die haben noch genug zu ... essen, denen tut's leid, wenn der Krieg aufhört. . . . Das hörte ich nicht einmal, hunderte Mal. Es war zum mindesten unbedacht.“

Und auf der anderen Seite schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gegen die Sozialistenhetze, die jetzt wieder von den Eroberungspolitikern, auch im Zentrum, getrieben wird:

„Dieser Bluts- und Opfergemeinschaft muß auch jene politische Presse Rechnung tragen, die überall den wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Partei wittert und zurückzudrängen sucht. Es geht vor allem nicht an, und ist verfehlt, jene Führer der Sozialdemokraten, die seit Kriegsausbruch den Weg an die Seite des Vaterlandes gefunden haben, nun zu belasten mit Aeußerungen, die vor dem Kriege liegen. Die so schreiben, mögen bedenken, daß das schwerwiegendste innerpolitische Problem des deutschen Volkes die Beibehaltung der Sozialdemokratie in der nationalen Arbeitsgemeinschaft nach dem Kriege ist! Bei den furchtbar schweren Aufgaben des Wiederaufbaues deutschen Friedenslebens ist die mitverantwortliche Beteiligung der Sozialdemokratie einfach unentbehrlich. Wem diese aus parteipolitischen Gründen nicht paßt, der muß dem Vaterlande das Opfer bringen, und sich ins Unvermeidliche fügen lernen.“

Und mit solchen Auslassungen vergleiche man etwa, was die bayerischen Zentrumsführer treiben, die vollkommen im Fahrwasser der schärfsten Reaktion und wüstesten Annexionismus treiben! —

Aber so groß die Unterschiede im Zentrum auch zwischen den klerikal-konservativen Bayerns, zwischen den klerikalen Schwerindustriellen am Rhein und den Zentrumsarbeitern sind, die Partei als solche wahrte bisher nach außen hin sorgfältig die Einheitlichkeit und faßt noch immer alle ihre Beschlüsse einstimmig! Das ist politische Kunst, die noch jeder Feind vom Zentrum lernen kann!

Bei den Nationalliberalen ringen erbittert miteinander der industrielle und der liberale Flügel. Dieser will Annexionen und Parlamentarisierung, jener neigt zum Verständigungsfrieden und zur Mitarbeit an einer wirklichen Demokratisierung. Es ist bezeichnend, daß gerade der rückschrittliche Flügel im nationalliberalen Lager stark auf Eintritt von Parlamentariern in die Regierung drängt: er will mit den Konservativen mitregieren, aber denkt keineswegs daran, die Junkerherrschaft zu zertrümmern und aus Deutschland einen wirklichen Volksstaat zu machen. Bei den letzten Kämpfen im Reichstag waren für die Annahme der Mehrheitsresolution durch die Nationalliberalen 15 Fraktionsmitglieder, dagegen 30. Man einigte sich schließlich auf sachliches Entgegenkommen an den Standpunkt der Mehrheit, aber einmütiges Ablehnen aus taktischen Gründen. Die Auseinandersetzung ist damit indessen nur verschoben, und der Tod des Parteiführers Bassermann drängt zur Entscheidung. Wie bekannt, sind Schiffer und Junck die Hauptträger der wirklich liberalen Richtung, während Stresemann den alldeutschen Flügel führt. In der Not tritt man vielleicht auf die Brücke des Prinzen Schönaich-Carolath, der als vermittelnde Natur es mühelos beiden Seiten Recht machen könnte und der mindestens so gut Bassermann II. heißen könnte, wie Michaelis Bethmann II.

Die fortschrittliche Volkspartei zeigt im allgemeinen seit Kriegsbeginn wenig Initiative. Die Traub und Heckscher, die auf die Tirpitz-Parole Belgien schwören, läßt man gewähren, ohne ihnen zuzustimmen, und im übrigen läßt man sich von den Ereignissen treiben.

Daß bei den Konservativen der Widerstand gegen das starre System Heydebrands und Westarps wächst, namentlich in den Kreisen der Pastoren und Gebildeten, ist bekannt und oft genug erörtert.

Die Sozialdemokratie könnte diesen Entwickelungen mit ruhigerer Zuversicht entgegensehen, wenn nicht freole Hände ihre Parteieinheit zerrissen hätten. Sie hatte eine glänzende Anwartschaft darauf, nach dem Kriege die ausschlaggebende große Volkspartei Deutschlands zu werden. Sie hat diese Aussicht vielleicht

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

15. Fortsetzung.

Sie wollen überall glückliche Paare machen! lächelte der Baron. Ich werde mein möglichstes tun, um Ihre edlen Absichten zu erfüllen.

Inzwischen werde ich mit Rudolf heute in die Stadt fahren und dort die verschiedenen Sammlungen und sonstige Herrlichkeiten besichtigen.

Auch das ist sehr gut, damit ich ungestört meinen Auftrag ausführen kann.

Es wird mir lieb sein, wenn ich dem armen Mädchen Gutes tun kann, sagte sie nochmals, als er Abschied nahm. Ich habe zwei Tausend Franks dafür eben übrig; sollte das nicht genug sein, so auch mehr. Was wir vorhaben, muß inzwischen geheim bleiben.

Wo so viel Geheimnis ist, kommt es auf eine Kleinigkeit mehr oder weniger nicht an, sagte er scherzend. Wir werden dem Hirtenkind mit einer solchen Summe zu viele Bräutigame auf den Hals laden, wie ich besorge.

Als er fort war, ließ Lydia sich ankleiden und wählte die reichsten und geschmackvollsten Gegenstände, welche sie besaß. Ihre Kammerfrau lebte auf, als sie hörte, daß die Zeit — der Niedrigkeit vorüber sei und bestrebte sich, alles Versäumte nachzuholen. Sie freute sich aber auch dafür mit innigster Selbstbefriedigung über ihr Werk, als sie die Gräfin im Garten sah, der halbwilde Cousin sie anstaunte und kaum zu berühren wagte, und Fräulein Babette in untertänigster Freundlichkeit umherknixte, daß ihr die Tasse aus der Hand fiel. — Nach einer Stunde fuhr Lydia mit ihrem Cousin in die Stadt. In dem weißen Kaschmirmantel sah sie wie eine Fürstin aus, aber der Herr Cousin in dem grauen Röckchen wollte der Kammerfrau gar nicht gefallen.

7.

Nachdem das Frühstück vorüber war, begleitete der alte Herr den Legationsrat ein Stückchen Weges bis in seinen Weinberg. Er sprach mehr von der Zukunft als von der Vergangenheit und Gegenwart, erkundigte sich nach manchen Lebensverhältnissen in der großen Hauptstadt, wo Herr von Springfeld seinen Wohnsitz hatte, und äußerte sich derartig, daß der gewandte Mann bald seine Schlüsse ziehen und ordnen konnte.

Die beiden Diplomaten suchten sich gegenseitig auszuforschen und behandelten sich dabei wie zwei Kabinette, welche allerlei Kniffe anwendeten, um zu ermitteln, inwieweit sie zu einer Verständigung gelangen könnten. Der alte Herr sprach mit auffallender [illegible] [illegible] ob es nicht [illegible] sein würde, wenn [illegible]

Rudolf einige Zeitlang reise und sich in der Hauptstadt aufhalte, damit er die dortigen Verhältnisse kennen lerne.

Der Legationsrat bejahte dies im allgemeinen, ohne jedoch Gelegenheit zu geben, die besonderen Umstände zu berühren, welche einen solchen Aufenthalt wünschenswert machen könnten. Er erschöpfte sich dagegen in Lobeserhebungen über die glückliche Lage dieses lieblichen Landsitzes und über die Unabhängigkeit und den Frieden eines solchen Lebens.

Sie empfinden das Glück, das ich lange Zeit genossen habe, sagte der alte Herr, doch man kann dies nur, wenn man auf dem Strome der Welt umherschwamm und sich müde darin gearbeitet hat. Dann wirft man die Täuschungen von sich ab und rettet sich in einen Hafen, wohin die Wellen nicht schlagen, die von den Leidenschaften aufgeregt werden. Man flieht an den Busen der Natur und zu ihrem Frieden, wie man es poetisch ausdrücken mag.

Sehr wahr, erwiderte Springfeld, allein man kann dagegen sagen, daß, wer in diesem Frieden aufwuchs und nichts von seinem Glücke weiß, gewöhnlich gern in den großen Strom hinaus möchte, um nach den glänzenden Phantomen zu greifen, welche dort auf und abziehen.

Die Jugend ist reich an Hoffnungen und Wünschen, lächelte der alte Herr, und den Verhältnissen muß man Rechnung tragen. Sie waren niemals vermählt, mein bester Baron?

Niemals, und wie ich annehme, wird es auch nie dazu kommen.

Aus Liebe zur Freiheit oder aus Haß gegen die Frauen?

Keines von beidem. Ich fand nie das, was ich suchte.

Aber, wenn ich so bestimmt fragen darf, aber unsere liebe Freundin Lydia?

Diese habe ich allerdings gefunden, erwiderte Herr von Springfeld, allein, um aufrichtig zu sein, ich fand sie zu spät, als Frau eines Freundes, und dann — er lächelte in seiner feinen Weise — dann wurde ich ihrer Freundschaft gewürdigt, und ich lernte die Wahrheit der weisen Lehre kennen, daß die Freundschaft einer Frau da anfängt, wo ihr Herz aufhört. Der Vertraute und der Geliebte einer Frau sind ganz verschiedene Gegenstände.

Die klugen Augen des alten Herrn hefteten sich leise forschend auf Springfelds Gesicht. Das Herz hat keine Gesetze, sagte er, dieser gesetzlose Zustand macht, daß Weisheit meist daran verloren geht. Man muß somit Nachsicht üben. Der Freund aber wird in seiner großmütigen Freundschaft umsomehr geneigt sein, das Glück der Freundin zu fördern.

Das ist eine sehr würdige und edle Aufgabe! erwiderte Springfeld, indem er lebhaft den Blick des Grafen erwiderte. Ich stimme Ihnen völlig bei, doch, wenn ich mir ein Wort über unsere teure Freundin gestatten darf, so muß ich damit anfangen, [illegible] nicht weiß, was alles, ihr recht und gut [illegible]

hält. Ich habe diesen edlen und schönen Charakter kennen gelernt, fuhr er fort, und weiß, welche Stärke und welche Reinheit er besitzt.

Ein warmes und empfängliches Herz, sagte der Graf.

Mehr als das. Bei der lebhaftesten Einbildungskraft ein klarer, ernster Wille und eine männliche Entschlossenheit, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich ihr entgegenstellen. Welche Anstrengungen hat man gemacht, um sie von dieser Reise abzuhalten. Eine junge, so schöne Frau, so reich und so geistvoll, war ganz natürlich Gegenstand der verschiedensten Bestrebungen.

Ich kann es denken, fiel der alte Herr ein. Diese Bestrebungen werden sie auch empfangen, wenn sie wiederkehrt.

Darum eben scheint es mir, daß die Gräfin sie mit einem raschen Schnitt zerschneiden möchte. Sie hat ihre Erfahrungen gemacht; eine Konvenienzehe hat ihre Spuren in eine nach freier Bewegung schmachtende Brust gedrückt. Dadurch ist ein tief empfundener Abscheu gegen jedes sogenannte Raffinement der Gesellschaft entstanden, und eine gewisse nervöse Verstimmung zeigt ihr alles, was dahin schlägt, als abschreckende Unnatur. Ihre edle Seele schwärmt für Wahrheit, für Einfachheit, für sittliche Kraft in bescheidener Hülle, und somit zweifle ich nicht daran, daß Gräfin Lydia zurückkehren wird, als —

Er hielt inne, und sein lächelndes Gesicht begegnete dem lächelnden Gesicht des alten Herrn. Sie hielten es wohl eine Minute so aus, dann sagte der Graf: Als was, mein teuerster Legationsrat?

Als Verlobte! antwortete dieser, und indem er seinen Hut lüftete und den Grafen verbindlich grüßte, ging er weiter und stieg den Hügel hinab.

Adieu! mein lieber Baron, adieu! rief der alte Herr. Verirren Sie sich nicht.

Ich kenne meinen Weg sehr genau, seien Sie ohne Sorgen! erwiderte Springfeld, und er schlug den Pfad ein, den Lydia mit ihrem Vetter gegangen war, um nach dem Tobelhof zu gelangen, und behielt seine vergnügliche Miene bei, selbst als er in die Sumpfquellen geriet, wo seine lackierten Stiefel eine empfindliche Taufe empfingen. Was tut man nicht alles aus Menschenliebe, sagte er, und was tut nicht ein Freund für seine Freundin, die ihm den liebenswürdigen Auftrag erteilt, ihr eine armselige Nebenbuhlerin vom Halse zu schaffen!

Als er oben anlangte, stand er still und trocknete seine Stirn. Da liegt das Haus, sagte er, dies muß es sein. Sonderbar, daß die schöne Gräfin eifersüchtig sein kann gegen die arme Magd, der dieser tugendhafte Vetter Dankbarkeit erweist. Es ist in aller Tollheit Methode, fuhr er lachend fort, indem er weiterging, das eine führt zum anderen; ich aber bleibe der weise Herr in der Komödie, der eifrig befördert, was er nicht hindern kann, wie Diplomaten die rote Fahne aufpflanzen helfen, damit sie um so gewisser niedergerissen wird. [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

auch heute noch, denn die abgesplitterten Elemente werden sich gegenseitig auffressen. Die „unabhängige" Sozialdemokratie besteht bekanntlich aus zwei Gruppen, den Arbeitsgemeinschaftlern um Haase, Stadthagen und Ledebour, und den Internationalisten um Franz Mehring. Die Ganzradikalen haben sich aber den „Unabhängigen" überhaupt nicht angeschlossen und veröffentlichen jetzt, — wie wir gestern bereits mitteilten — um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, in der Bremer „Arbeiterpolitik" den Aufruf zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei. Die Gruppe Internationale habe, so behaupten sie, organisatorisch und politisch vollkommen versagt; sie jage pazifizistischen Illusionen nach und sei damit tot. Die Trümmer gelte es für die neue „Internationalsozialistische Partei Deutschlands" zu sammeln. Ein Aktionskomitee ist schon da. Bis Mitte August sollen Programm, Organisationsform und Gründungsarbeit durchberaten sein, dann wird sich, wie es in dem Aufruf heißt, eine Partei erheben „kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt."

Sozialdemokraten, Unabhängige, sozialistische Internationalisten — Fortsetzung folgt! Denn die Zersplitterung der Splitter geht natürlich, nachdem sie einmal begonnen hat, unaufhörlich weiter. Jeder Mann seine eigene Partei! Erst dann kann man ganz prinzipienfest und einheitlich handeln. Vorausgesetzt, daß Ed. Bernstein nicht dabei ist, der für sich allein — nach Victor Adler — immer drei Ansichten hat. Die Masse der deutschen Arbeiter wird sich hoffentlich für dieses Spiel zu gut finden und der einheitlichen deutschen Sozialdemokratie die Treue wahren.

Die deutsche Friedensgesellschaft

zur Kriegsziel-Kundgebung des Reichstags.

Die Deutsche Friedensgesellschaft sendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Erklärung:

Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt mit großer Genugtuung das Ergebnis der Reichstagssitzung vom 19. Juli.

Eine starke Mehrheit des Reichstags hat sich auf eine Kundgebung geeinigt, die noch bei Beginn der Tagung niemand für möglich gehalten hätte. Wohl ist die Friedensgesellschaft dafür eingetreten, den Inhalt dieser Kundgebung nach verschiedenen Richtungen hin zu erweitern; aber das kann sie nicht hindern, anzuerkennen, daß in ihr die wesentlichsten Grundsätze ausgesprochen sind, die einem Frieden der Verständigung, der Versöhnung der Völker und dauernder Friedenssicherung zu Grunde liegen müssen. Die Zustimmung zu diesen Grundsätzen reicht nach den Erklärungen der Parteien viel weiter, als die bloßen Abstimmungsziffern (212 gegen 116) erkennen lassen; zur grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Verständigungsfrieden hat sich nur eine kleine Minderheit, bestehend aus höchstens einem Sechstel des Reichstags bekannt. Der Reichskanzler hat sich, in der Form zurückhaltend, aber in der Sache doch unzweideutig, der Erklärung der Reichstagsmehrheit angeschlossen und auch für die von ihm geforderte Sicherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches wie seiner Lebensbedingungen auf dem Kontinent und über See keine anderen Wege als die der Verständigung und des Ausgleichs empfohlen. Trotz aller Hindernisse, die der Demokratisierung Deutschlands und der Parlamentarisierung der Reichsregierung entgegenstehen, ist in dieser wichtigen Frage der Volksvertretung die Führung zugefallen. An all dem kann nachträgliche, schwarzseherische oder übelwollende Umdeutung des Geschehenen nichts ändern.

Auf deutscher Seite ist damit der Weg zur Friedensverhandlung freigelegt. Es ist nun Sache der Friedensfreunde in den anderen, kriegführenden und neutralen, Ländern, daraus die Folgerungen zu ziehen.

Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft ist überzeugt, daß es gelingen muß, zu einem Frieden zu gelangen, der den seit einem Jahrhundert ausgesprochenen und während des Krieges von den pazifistischen Organisationen aller Länder, wie neuerdings von der russischen Demokratie neu formulierten Forderungen der Friedensbewegung entspricht. Dieser Friede darf das Selbstbestimmungsrecht keines Volkes vergewaltigen; er soll vielmehr die nationalen Rechte aller Völker, in national abgeschlossenen wie in national gemischten Staaten, als gleichberechtigt anerkennen; er soll die friedliche Gemeinschaft ihrer wirtschaftlichen Beziehungen sichern; er soll die Gefahren rivalisierender Bündnisse und der geheimen Diplomatie beseitigen; er soll dem Rüstungswettkampf durch internationale Vereinbarungen über allseitige Abrüstung ein Ende machen und er soll endlich den dauernden Bestand der großen friedlichen Völkergemeinschaft durch Ausbau des Haager Werks auf sichere Grundlage stellen.

Ernährungsfragen.

Die Kosten der Fleischzulage.

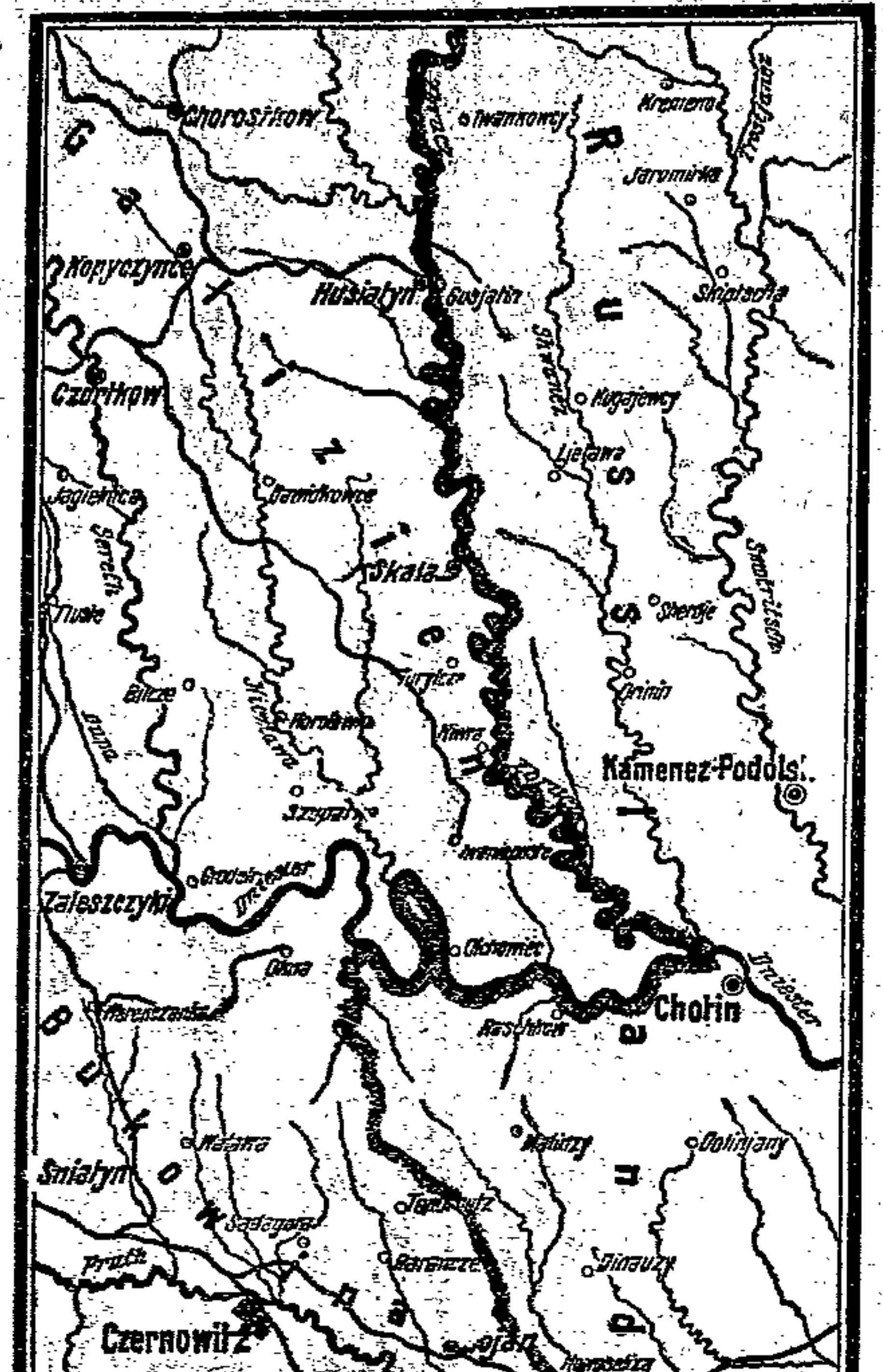
Die Aufwendungen des Reiches für die Fleischsonderzulage belaufen sich bisher bereits auf etwa 600 Millionen Mark, so daß monatlich ein ungefährer Betrag von mehr als 100 Mill. Mark in Betracht kommt.

*

Menschen oder Wild? Unter dieser Ueberschrift richtet der „Vote a. d. R.", der schon kürzlich gegen die mutwillige Vernichtung von Lebensmitteln durch Forstbeamte geschrieben hat, auf folgende Dinge die Aufmerksamkeit: „Von Reichs und Staats wegen wird die Jugend Deutschlands aufgerufen, die Früchte des Waldes in mühevoller Arbeit zu bergen. Beine und Arme zu rühren, damit die Wildgemüse, Pilze und Beeren nicht verkommen, und der Eisenbahnminister gewährt, um die Bergung dieser reichen Ernte zu erleichtern, der Jugend ganz besondere Fahrpreisermäßigungen. Und das mit Recht! Wir dürfen die Früchte, die Kräuter und die Beeren, die uns die Natur in so reicher Fülle spendet, heute nicht nutzlos verkommen lassen. Alle Welt, vom Reichskanzler bis zum Hirtenbub im entlegensten Dorfe, sieht diese eiserne Notwendigkeit ein. Nur eine kleine Gruppe von Menschen will oder kann das nicht begreifen. Fast täglich kommen die Klagen, daß bald hier, bald dort Förster den Kindern die in stundenlang mühselig saurer Arbeit gesammelten Beeren nehmen und verschütten oder gar zertrampeln. Aber damit noch nicht genug: in Schreiberhau ist wieder einmal eine große Fläche Himbeerdickicht mit einer strotzenden Fülle halbreifer Beeren abgemäht worden. Den Rehen soll das Grünzeug im Winter getrocknet als Futter dienen. Weiß Graf Schaffgotsch, die Frage muß einmal gestellt werden, um diese Dinge? Wir können es uns nicht vorstellen. Es wäre unfaßbar, daß er sie dulden würde, unfaßbar auch, daß er ruhig zusehen sollte, wie im Empfinden der Riesengebirgsbewohner sein guter Name solche Vorkommnisse decken muß. Was sind ihm die paar Zentner Beeren, die kleinen Störungen in der „Ordnung" des Waldes und was ihm das bißchen Himbeerheu? Nichts oder doch so gut wie nichts! Es wäre unfaßbar, daß ein Schaffgotsch darauf nicht freudig verzichten sollte, wenn es gilt, mühseligen und beladenen Müttern das Durchhalten zu erleichtern. Und deshalb sind wir überzeugt: Graf Schaffgotsch weiß von alledem nichts, weiß nicht, daß sein Name mit den Verfolgungen und der steigenden Erbitterung in Verbindung gebracht wird, die solche Dinge [illegible] in den Herzen der [illegible] Brot ringenden Menschen erzeugen. Wir sind aber auch überzeugt, daß Graf Schaffgotsch, wenn er Kenntnis erhält, mit [illegible] Entschiedenheit und [illegible] eingreifen wird."

Die Kämpfe am Zbrucz und am Dnjestr.

Die Offensive in Galizien hat nunmehr südlich von Husiatyn am Zbrucz über Skala bis nach Niwra hin den Zbrucz-Lauf nicht nur erreicht, sondern vielfach überschritten und damit den Kampf in das russische Gebiet hineingetragen, wo General Kornilow bemüht ist, seine Truppen nochmals zum Widerstande



Die Kämpfe am Zbrucz und am Dniester

zu bewegen. Von Niwra aus, das die türkischen Truppen im Sturme nahmen, führte die Frontlinie am 30. Juli in südwestlicher Richtung über Szuparka und Grodek zum Dnjestr, der hier überschritten wurde. Die nächsten bekannteren Orte der neuen Linie sind Werenczanka und Sniatyn. Da der Vormarsch indessen mit großer Energie fortgesetzt wird, dürften die 25 km, die Sniatyn von Czernowitz trennen, kein großes Hindernis mehr bereiten.

Gewerkschaftsbewegung.

Keine freien Gast- und Schankwirte mehr. Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands hat auf seiner jüngsten 10. Generalversammlung beschlossen, das Wort „Frei" aus seinem Titel zu streichen und den Hinweis auf die Zugehörigkeit seiner Mitglieder zur sozialdemokratischen Partei aus dem Statut zu entfernen. Anlaß dazu bot ihm die Abspitterung der „Unabhängigen" von der Sozialdemokratie und der Wunsch, die Hineintragung des Parteistreits in die rund 9000 Mitglieder umfassende Gastwirtsorganisation zu vermeiden. In Wahrheit haben sich die Beziehungen zwischen den freien Gastwirten und den Arbeiterverbänden schon längst gelockert. Die Zeit, in der die Gastwirte eine bedeutende Rolle in der Arbeiterbewegung spielten, hauptsächlich, weil viele gemaßregelte Arbeiter nur noch im Gastwirtschaftsgewerbe Unterkunft fanden, ist längst vorbei. Die formelle Trennung schließt nur eine längst vollzogene Entwicklung ab.

Eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände Niederlands beschäftigte sich erneut mit der Lebensmittelpolitik der Regierung. Insbesondere galt es Stellung zu nehmen zu der vom Genossen Van den Tempel in der Zweiten Kammer gelegentlich der Interpellation über die Amsterdamer Krawalle eingereichten Resolution. Darin wurde die Regierung zu umfangreicherer Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebens- und Bedarfsartikeln aufgefordert. Einleitend erklärte der Vorsitzende, Genosse Oudegeest, daß es wichtig sei, erkennen zu lassen, daß die Arbeiterschaft diese Forderung voll und ganz unterstreiche. Nach ausgiebiger Besprechung wurde einstimmig eine sehr ausführliche Resolution angenommen, in der an frühere Eingaben erinnert und eine durchgreifende Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln einschließlich Kleidern, Schuhwerk usw. gefordert wird. Ausdrücklich wurde noch betont, daß es auf eine wenn auch erhebliche Ueberschreitung des ursprünglich auf 80 Millionen Gulden bemessenen Reichszuschusses nicht ankommen dürfe.

Aus dem Gerichtssaal.

Kettenhandel mit Dosenleberwurst. Berliner Morgenblätter berichten: Der Kaufmann Karl Rosenthal hatte als Vermittler 20000 Dosen Leberwurst-Konserven, die aus Dänemark stammten, an die Gemeinde Treptow zum Preise von 1,21 Mk. das Stück verkauft und bei diesem Geschäft etwa 3200 Mk. verdient. Treptow wollte diese Konserven als Lebensmittel verkaufen, sie fanden aber wenig Käufer und die Gemeinde verkaufte die Konserven, von denen etwa 3000 Dosen abgesetzt worden waren, zum Preise von 1,25 Mk. an Rosenthal zurück. Dieser verkaufte nun zu 1,42½ Mk. an den Kaufmann Leopold Fischer weiter, der die Ware auf Lager nahm. Von diesem gingen sie dann an den Kaufmann Eberlein zum Preise von 1,50 Mk. und schließlich an den Kaufmann Bethge, der 200 Dosen kaufte und sie zu 3,50 Mk. verkaufte. Das Gericht verurteilte Bethge zu 50 Mk., Rosenthal zu 4000 Mk. und Fischer zu 3000 Mk. Geldstrafe.

Ein Bergwerksdirektor verurteilt. In einem Prozeß hatte der Bergwerksdirektor Schulz aus Charlottenburg die falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß seine Kohlenwerke mit Gewinn arbeiten. Kurze Zeit darauf wurden die letzteren pleite. Wegen dieser falschen Versicherung wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Weitere Schließung Berliner [illegible]. Wie Berliner Blätter melden, wurden fünf Betriebe der Kaffee- und Hotelbetriebs-Gesellschaft [illegible] zwei [illegible] Viktoria [illegible] Weingroßhandlung Viktoria und Richards Diele wegen grober Verstöße gegen die Vorschriften zur Sicherung unserer Kriegsernährung geschlossen. Der Gesellschaft wurde jedoch eine achttägige Frist zum Verkauf der vorhandenen Vorräte bewilligt.

Verschwundene Kinder. Eine merkwürdige Nebenerscheinung ist durch den Leichenfund auf dem Güterbahnhof Rummelsburg bei Berlin zu Tage getreten: Es gibt Eltern, die tatsächlich seit mehreren Wochen nicht wissen, wo ihre Kinder sind, und die sich bisher auch nicht darum gekümmert haben, etwas über den Verbleib der Verschwundenen zu erfahren. Wir lesen hierüber im „Berliner Tagebl.": Unter den zahlreichen Eltern, die sich auf der Lichtenberger Kriminalpolizei meldeten, in der Angst, in den beiden Knabenleichen ihre eigenen verschwundenen Kinder zu erkennen, sind vierzehn Fälle von besonderer Wichtigkeit. Diese vierzehn Elternpaare wußten nämlich seit fünf bis sechs Wochen nicht, wo ihre Kinder geblieben waren. In sechs Fällen versicherten die Eltern mit Bestimmtheit, in den Leichen, teils nach der Kleidung, teils nach anderen Merkmalen, ihre Kinder erkennen zu können. Ein Mann aus Berlin war darunter, der seine Kinder mit den Ferientransporten nach Ostpreußen hat gehen lassen. Seit sechs Wochen hatte er alle Briefe als unbestellbar zurückbekommen. Er hatte es aber nicht für nötig gehalten, sich nach dem Verbleib seiner Kinder bei den Behörden irgendwie zu erkundigen. Durch die Lichtenberger Kriminalpolizei, die, weil der Mann in den toten Knaben seine Kinder erkennen wollte, Erkundigungen einzog, erfuhr dann der Vater, daß er dauernd eine falsche Adresse auf seinen Briefen angegeben hatte. Eine Frau meldete sich bei der Lichtenberger Kriminalpolizei, die schwor, daß die Knabenleichen ihre Kinder seien, die sie in die Ferien nach Ostpreußen hatte mitfahren lassen. Als man dann fragte, wohin die Kinder denn gefahren waren, — da wußte sie noch nicht einmal ihre Adresse. Sie konnte nicht angeben, wo sich ihre Kinder in Ostpreußen aufhielten. Kriminalkommissar Baumann, der die Ermittelungen zu dem Leichenfund im Güterwagen führte, meinte dann, sie müsse sich doch zuerst erkundigen, wo ihre Kinder seien. Ostpreußen sei schließlich nicht Berlin. — „Na, denn wer' ick mir mal erkund'jen." Das war die Antwort der tüchtigen Mutter. Diese vierzehn Eltern, die sich um ihre Kinder so wenig kümmerten, daß sie sechs Wochen ohne jede Nachricht sein können, ohne Erkundigungen in dieser Zeit anzustellen, ob ihre Kinder vielleicht erkrankt sind, geben zu denken. Die Tatsache schon, daß derartiges vierzehnmal vorkommen kann, sollte unsere wohltätigen Einrichtungen, die sich mit Kinderfürsorge beschäftigen, zu erhöhter Tätigkeit anspornen.

Das grüne Tageblatt. Das „Kamenzer Tageblatt" ist am Sonnabend in grünem Gewande erschienen. Das ist aber nicht etwa aus einem feierlichen Anlaß, sondern auf die Papiernot zurückzuführen. Das Blatt selbst teilt dazu u. a. mit: „Wir, und mit uns sicher viele andere Zeitungsherausgeber, sind in den letzten Wochen wiederholt in der peinlichen Lage gewesen, daß wir vormittags noch nicht wußten, ob und wann das Papier für die abends erscheinende Zeitung eintreffen werde. Auch heute war ein solch kritischer Tag, noch dazu „erster Ordnung" — denn heute ist die Papiersendung überhaupt ausgeblieben. Um nun dennoch das „Kamenzer Tageblatt" ausgeben zu können, waren wir gezwungen, zu seiner Herstellung grünes Prospektpapier zu verwenden. Zum ersten Male während seines fast einhundertjährigen Bestehens erscheint das Blatt in farbigem Gewande".

Politik in der Kirche. Christlich-soziale Kreise in Berlin-Schöneberg hatten für Mittwoch eine Kundgebung im Schöneberger Stadtpark, also unter freiem Himmel, geplant. Von dieser Absicht ist man aber aus nicht bekannten Gründen abgekommen, denn die Kundgebung wurde plötzlich in die Paul-Gerhard-Kirche verlegt. — Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß Kirchen zu politischen Versammlungszwecken verwendet werden und wenn nun der Anfang damit in Berlin gemacht worden ist, dann steht wohl zu hoffen, daß dieses Beispiel bald Nachahmung findet. Allerdings muß man dann die Kirchen allen Parteien zur Verfügung stellen.

Wenn jetzt Fahnen ausgesteckt werden. . . . Der Grazer „Arbeiterwille" schreibt: Vier Uhr nachmittags. Fahnen werden vom Schloßbergturm, von den Fenstern des Rathauses herausgesteckt und im selben Augenblick flackert in den Menschen, die auf dem Hauptplatz sich rasch zu einem kleinen Gedränge stauen, eine Freudenstimmung auf. Die Abgeklärten, leicht Erfassenden gehen weiter, die Naiven bleiben stehen. Eine Fülle von Vermutungen wird laut. Worte sind zu vernehmen: „Der Ernährungsminister ist in Graz." Dann folgen abgerissene Sätze, die ganz Naiven stoßen Sie aus: „Mehr Mehl kommt." — „Mehr Mehl!" jauchzt es als Echo von einer anderen Gruppe. — „Bohnscharln! Kohlrabi!" Es sind lauter Freudenaussprüche, die da vereinzelt zu hören sind, und plötzlich schwellen diese vereinzelten Rufe zu einem Chor von Jubellauten an, denn einer hat das Wort Kartoffeln zu laut ausgesprochen. Schon ertönen einzelne Hochrufe auf Höfer und die Leute schwenken ihre Hüte gegen die Fahnen, die nach ihrer Meinung nur dem Ernährungsminister zu Ehren so stolz im Winde wehen. Von Mund zu Mund geht im freudigen Tone der Ruf „Kartoffeln!" und bald hat sich ein Satz daraus gebildet, der fast wie Gesang erklingt: „Kartoffeln kommen!" Da folgt die Aufklärung: „Die Fahnen sind ausgesteckt, weil Stanislau eingenommen wurde." — Der Lärm flaut ab. Die Menge zerstreut sich und man hört nur Worte wie ein ersterbendes Echo: „Ah, Stanislau . . . ."

Explosion in einer englischen Munitionswerkstätte. Amtlich wird mitgeteilt: In Südwales ereignete sich in einer Werkstätte für Geschoßbedarf eine Explosion, wodurch die Anlagen beschädigt, sechs Personen getötet und drei verletzt wurden.

Heiteres.

Wahres Geschichtchen. Der Feldwebel einer Batterie verkündet beim Appell, daß dem Kanonier A. eine Hose abhänden gekommen ist. Auf seine Frage, ob jemand etwas über den Verbleib weiß, tritt Kanonier B. vor und verpflichtet sich, die verschwundene Hose wieder zu beschaffen. Er gibt an, in Zivil Detektiv gewesen zu sein und rühmt sich, die schwierigsten Probleme gelöst zu haben. Seine Bedingung ist jedoch, einen Tag keinen Dienst machen zu brauchen, womit der Feldwebel gerne einverstanden ist.

Der nächste Tag vergeht, ohne daß B. etwas von sich hören läßt. Am zweitfolgenden Tage ist wieder vollzähliger Appell. Aller Augen sind auf Kanonier B. gerichtet, als letzterer wiederum vortritt.

„Na, was haben Sie denn nun ermittelt?" fragt ihn ahnungsvoll der Feldwebel.

„Nichts, Herr Feldwebel," lautet die etwas kleinlaut herausgebrachte Antwort.

„Na, und was wollen Sie?"

„Ich wollte nur melden, daß mir gestern meine Schnürschuhe abhanden gekommen sind." (Simpl.)

Auf der Aushebung. Tagelöhner Peter X. kam vor den Doktor der Aushebung. Der Arzt sieht ihn prüfend an. „Felddienstfähig, Infanterie," lautet sein Urteil. Da fällt ihm ein, daß er den Rekruten auch von rückwärts sehen muß und bemerkt dabei eine Verkrümmung des Rückgrats. Er verbessert sich und ruft der Kommission zu: „Tauglich für Schipper" (arbeitsverwendungsfähig).

Peter X. kommt von der Aushebung und wird von seinen Freunden gefragt, wie es gegangen habe. Er antwortete: „Ich weiß es nicht, von vorn bin i Infanterist, von hint a Schipper." (Jugend.)

Ein Feldgrauer meldet sich zum Arzt. „Was fehlt Ihnen?" forscht dieser. — „Zu Befehl, Herr Oberarzt, die Kollera." „Wie, was? Wieso denn?" — „Na, mir kollerts immer so im Leib."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.